

Die Gewertfchaft

Organ des Verbandes der Gemeinde- u. Staatsarbeiter

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in
Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten

XXX. Jahrgang

Berlin, 5. März 1926

Nummer 10

INHALTSVERZEICHNIS

Regierungsansagen deutscher Wirtschaftspolitik	E. D.
Betriebsvertretungen!	B. Schapla
Das neue Steuerprogramm	E. Eichhorn
Arbeiterpensionskasse I der Deutschen Reichsbahn, Abt. A und B.	
Die Arbeiterbewegung und die Landwirtschaft. I.	E. G.
Angestellte, Reichs- und Staatsarbeiter • Aus der Spruchpraxis • Bildungsarbeit • Für die Frauen • Aus Politik und Volkswirtschaft • Aus unserer Bewegung • Land- Frauenwörter • Aus den deutschen Gewerkschaften • Rundschau • Besondere Briefkasten	

Technik und Wirtschaft:

Regelmäßige Sonderausgaben und -versorgung • Die Wasserversorgung der Gemeinden.
Stromerzeugung und -verteilung • Rundschau.



Schriftleitung: Emil Dittmer

Redaktion und Expedition: Berlin SO 33, Schiffsche Straße 42 / Telefon: Marktplatz 3105/06, 119 44

Gustav Freitag

Romane in neuen ungekürzten Ausgaben, in eleganten Halbleinwand gebunden, pro Band nur 1,85 Mark (noch nie so billig angeboten).

Band 1: Sell und Raben, 712 Seiten.
Band 2: Die verlorene Handschrift, 704 Seiten.
Band 3: Das Nest der Zaunkönige, 288 Seiten.
Band 4: Inge und Izraban, 320 Seiten.

Dieselbe in Ganzlein, pro Band nur 2,75 Mk. Dieselbe in Halbleinwand pro Band nur 3,85 Mk. Verpackung frei / Auf Wunsch liegt, ich gerne 1/2 Anzahl, u. darauf folgender Monatsrate.

Fr. G. Wolff's Buchhandlung
Berlin NO 55, Böttchergasse 17 III / Gegen 1901
Postcheck-Konto 57 745 Berlin.

Katarrhe Asthma usw.

Jeder dankt mir! Auskl. von Rückpfo. Karl Schultze, Wernigerode - L., Herz 28

PIANO

schon rechnerisch mit über 10 Jahren ein besseres Instrument als dasjenige, welches man heute kauft. Pianofabrik

Augustenburger 1. Erg. / Soldatenstraße 101/11, 21, 22. Uhl. Freihaus / Tamm, Behrensdamm / Dampf, Aufwandskonto

Harmonika-, Sprechapparat-Fabrikation. Niedrigste Fabrikpreise. Schallplatten M. 2.50. Erneu. Heß, Nachh., po. r. 1877, Klippenenthal, Sa. 189. Großer Katalog gratis.

Illusions-Uhr

(oval, rund und eckig) mit 12 schwarz. Rippenband / Zwecks Einführung Mk. 1.50

Verwand nur gegen Nachnahme oder Vorkasse des Betrages, auch in Briefmarken.

Verwandhaus Helmuth Meyer
BERLIN 90, Neckerstraße 133a.

Anerkannt beste Bezugsquelle für **billige böhmische Bettfedern**

1 Pfd. graue, gute, geschl. 1,20 M., halbw. 1,50 M., weiße taugl. geschl. 2,25 M., feinste, geschl. Halbblau-Herrschaftfedern 4,50 M., 1 Pfd. Rupffedern ungeschl. mit Flaum gemengt halbw. 2,20 M., we. 2,50, 3,25 M., allerfeinst. Flaumrupf 4,50 M. Versand tollfrei, gegen Nachnahme v. 10 Pfd. an franko Umtausch gestattet, für Nichtpassendes Geldretour. Ausführliche Preisliste gratis.

S. Benisch, Prag XII (Böhmen)
Krameriova 26/791.

Garantie-Fahrräder

mit Freilauf

Herren: **76⁰⁰** M.
Damen: **84⁰⁰** M.

Man verlange kostenlos Katalog von der **Sigurd-Gesellschaft** in Cassel 107

Existenz

hochwöhner d. weist nach Fa. Gföhrer, Düsseldorf-Oberkassel 204.

Urania

Lest die Urania

Vertrauen
sache ist d. Kauf v. Alpen-Blutstocken mit einem Silberaufschlag.
Stages-Ansicht liefern wir unsere Ware und gegen 9 Monate Ziel bei 20 jährig. Garantie. Fordern sie kostenfrei! erte. Sie werden recht
preisz. u. gut bedient. Zahl Dank-sch. M. Bass & Co. Metallwarenfabr. Meitmann 31 Rht

Keine gute Menschen soll Kraft und Schmalz gibt Dr. Hübeners Lebensjag

Schädel 1. - Mk. in Apotheken u. Drogerien

Mk. 100

Anzahl. liefert Schlafzimmer, Speisezimmer, Mk. 50 Einzelmöbel, Mk. 30 Küchen

WENGER, BERLIN
Alte Schlöbner Straße 28

Wichtigste Musik treiben - Welche Mühen sparen!

MUSIK
Instrumente in jedem Maß mit dem Ver. annehm. Sie Preisliste
MAX DÖRFEL
Kl. enthalt. Sachs. Nr. 50

Bei uns Schuhe kaufen heißt Geld sparen.

Wie immer erhalten Sie bei uns Qualitätsware zu außerordentlich billigen Preisen.

Größte Auswahl in Damen-, Herren- und Kinder-Artikeln.

F. Potolowski Nachf. (P)
Gr. Frankfurter Str. 141 (Ecke Fruchter.)

HERREN-ARTIKEL

Max Becker (P)
Berl. Turmstr. 36 (im Armeeplatz)

Bekanntes Spezialgeschäft für Handschuhe, Kravatten, Stiefel usw. zu bekannt billigen Preisen.

Gartenbesitzer!

Um weitesten Kreisen den Unterschied zwischen hochwertiger Züchtung und Handelssaatgut bezüglich Keimkraft, Ertrag und Wohlgeschmack vor Augen zu führen, versenden wir **5000 gratis und franko 10000 Pflüchsen Karottensamen à 20 gr. holländische, verbesserte frühe säße.**

Wir bitten alle Garten- und Schrebergartenbesitzer, uns umgehend ihre genaue Adresse per Postkarte mitzuteilen, worauf Gratiszusendung eines Päckchens ohne jede weitere Verpflichtung für Sie erfolgt. (P)

Karl Hermann Samenrichterei
Blankenburg am Harz b. Halberstadt

Gummi saug. etc. hyg. Artik. Preis à grat. Pharm. hyg. Industrie Medicus. Serie 2 54. März 1901 75 L.

Felstes Tafel-Pflanzenmos

ger. feinst. mit Zucker abgemischt 10 Pfd.-Can. Post 1,75 M. 5 Pfd. Post 1,00 M. Preis in 50-100 Pfd. 3 Pfd. - 54 M. 10 Pfd. - 1,00 M. 20 Pfd. - 1,75 M. 50 Pfd. - 4,25 M. 100 Pfd. - 7,50 M. Preise ab hier, gegen Nachnahme.

Holzer, Eckstein
Konservfabrik Magdeburg N. 122.

Beamte und Angestellte erhalten **Auf Ratenzahlungen!**

Sprech-Apparate, wie Abbildung, ca. 42 x 42 x 32 cm groß, 5-Minuten-Lautwerk, Nickeltonarm, in Schallkappe, 200 Nadeln und 6 Mundstücke nur Mk. 50. Erste Rate ist mit der Bestellung einzuzahlen, zweite Rate 3 Wochen später, letzte Rate wieder 3 Wochen später. Porto und Verpackung M. 7.

Katalog - über verschiedene Musikinstrumente von **Robert Husberg, Neuenrade Nr. 813**

„Die Gewertschaft“

auf gutem H. Papier gedruckt und dauerhaft in Ganzleinwand gebunden, Titel und Rücktitel in schwarzem Prägegedr.

loftet nur 4,25 Mark.

„Die Gewertschaft“ gehört in jede Bibliothek!

Sie beziehen diese bei **Expedition „Die Gewertschaft“, Berlin SO 33**
Eckelstraße 42

Französisch

lbt oder lernt man rasch und gründlich, wenn Vorkenntnisse vorhanden, mit Beihilfe einer französischen Zeitung. Dazu eignet sich ganz besonders der vorzüglich redigierte u. bestempfohlene

Le Traducteur

Französisch-deutsches Sprachlehr- und Unterhaltungsblatt.

Probennummer kostenlos durch den Verlag des **„Traducteur“ in La Chaux-de-Fonds** (Schweiz)

Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion u. Expedition: Berlin SO. 33
Schlesische Straße 42 (Redakteur E. Dittmer)
Fernsprecher: Amt Moritzplatz 11944

Staats- und Gemeindebetriebe
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich am Freitag
Bezugspreis:
monatlich durch die Post 50 Pf.

Gegenwartsaufgaben deutscher Wirtschaftspolitik.

Der Reichsverband der deutschen Industrie hatte im Dezember 1925 in seinen Veröffentlichungen eine Denkschrift herausgegeben über die deutsche Wirtschafts- und Finanzpolitik, die eine „objektive Würdigung der heute vorherrschenden Tatsachen“ darstellt und eine Rückkehr zu erträglichen Produktionsverhältnissen und damit zu einer gesunden Wirtschaftsführung“ bringen sollte. Diese Denkschrift ist an sämtliche Regierungen, an die Parlamente und Stadtverwaltungen gegangen. Sie sollte nach dem Willen des Reichsverbandes der deutschen Industrie als Unterlage für ein Wirtschaftsprogramm dienen. Die Denkschrift endet in ihren Einleitungsworten mit dem Satz: „Die Not der Zeit erfordert Gemeinschaft und keinen Kampf!“

Der denkende Arbeiterleser wird in dem Unternehmerdeutsch dieses Zitats eine ausgesprochene Unternehmertendenz dieser Denkschrift klar erkennen können. Es werden in der Denkschrift Vorschläge über die öffentliche Finanzwirtschaft, die Tarifgestaltung der Eisenbahn und Post, über die sozialen Abgaben, Lohn und Arbeitszeit, Bank- und Kreditwesen, sowie über die Handelspolitik gemacht. Ferner werden die Gebiete der Gütererzeugung und Güterverteilung behandelt und alsdann eine Begründung der Vorschläge im einzelnen gegeben. Die Tendenz der Denkschrift läßt sich vielleicht am kürzesten dadurch charakterisieren, daß wir aus dem Kapitel 4 „Lohn und Arbeitszeit“ die bekannte Unternehmernauffassung als Leit-satz hören, „der Lohn muß sich nach Leistung und Produktivität der Arbeit richten“. Tarifverträge müßten den besonderen Verhältnissen und dem Leistungsprinzip angepaßt sein und „jede Schematisierung“ wäre zu vermeiden. Eine zwangsweise Bewilligung der Löhne durch den Staat widerspreche den natürlichen Erfordernissen einer gesunden Wirtschaftsführung. Die Anwendung des Achtstundentages dürfe nicht schematisch sein. Die betriebliche Regelung der Arbeitszeit im Einzelunternehmen mit der Belegschaft dürfe durch öffentlichen Zwang nicht unterbunden oder gehemmt werden.

Etwas deutlicher ausgedrückt: Man möchte wieder vollständig „Herr im eigenen Hause“ sein und den Arbeitern

androhen können: „Wenn ihr unserer betrieblichen Regelung nicht zustimmt, mit niedrigerem Lohn und verlängerter Arbeitszeit, so müssen wir uns andere Arbeiter suchen!“ Das wird natürlich weise verschwiegen. Wer aber den Tenor der Denkschrift im einzelnen verfolgt, wird diesen Grundgedanken klar erkennen müssen.

Der ADGB, AfA und ADB. haben nun im Februar

über die Gegenwartsaufgaben deutscher Wirtschaftspolitik eine Gegendentschrift veröffentlicht, die zum Teil bereits unserer Leserschaft durch die Tagespresse bekannt sein dürfte. Es wird darin das Wirtschaftsprogramm der freien Gewerkschaften im einzelnen skizziert. Wir möchten aus dem Inhalt vorerst nur die wichtigsten Dinge darstellen und behalten uns eine weitere eingehende Besprechung vor. Zunächst aber möchten wir einige Randbemerkungen machen. Es ist ganz naheliegend, daß in dieser Zeit der entsetzlichen Wirtschaftskrise, die Deutschland je gesehen hat, die sogenannten Wirtschaftsführer, d. h. die Unternehmerverbände, sich nicht ganz wohl fühlen, und daß sie, abgesehen von den materiellen Verlusten und Schwierigkeiten, die auch für sie entstanden sind, das Gefühl haben, daß nicht alles so

Jugend und Alter.

Von Vol zu Vol die reiche Wechselwirkung.
Ruhmvol und Verbild die Vergangenheit.
Von morphem Weltweit rein, zur Tat befreit,
Dämmert die Jugend Gegenwart und Leben jung.

Den Alten ziemt es, lächelnd zu verziehen,
Denn ihnen ward des Lebens Weisheit zugewiehn.
Das Leben, das im Sturmschritt rasch entzieht,
Lehrete die schweren Wege langsam gehen.

Und Stein und Dorn und harte Widerstände,
Sie probten Kraft und äße Liebe zu der Zeit.
Rang' Erfolge und der Weibertum an Leib,
Sie schürten immer neu die alten Brände!

So komm denn, Jugend, reich und kernbereit,
Deß in der einen Hand den Lorbeer für die Alten
Und in der hochgehobnen Rechten sah entfallen
Die Fahne, die dem Kampf der Gegenwart geweiht!

Der Mut der Älter wird dich Reis begleiten
Und ihre Schuttern halten sie dir hin! . . .
Das ist der großen Handlung edler Sinn:
„Nehret sie weg sollst du zum Ziele schreiten!“

Alfred Thie ma.

ist, wie es sein soll. So darf man die Denkschrift des Reichsverbandes der deutschen Industrie als eine Art Verteilungsschrift ansehen. Wenn sie auch insbesondere für die öffentlichen Betriebe ein weitgehende „Sparfamkeit“ und Umgestaltung fordert, so bleibt doch hinreichend verdächtig, daß sie in bezug auf die Gesamtproduktion sehr wenig Neues zu sagen weiß und auch ihre Vorschläge über Rationalisierung und Konzentration, Kartelle und Güterverteilung keineswegs durchgreifenden Charakter haben.

Demgegenüber erscheint es uns als selbstverständlich, daß nicht dort die Entscheidung über ein neues Wirtschaftsprogramm fallen kann, wo eine verhältnismäßig gesunde Wirtschaftslage vorhanden ist, nämlich in öffentlich-rechtlichen Betrieben, sondern daß die Entscheidung fallen muß in der gesamten Umgestaltung der Produktion der Privatindustrie. Demgemäß ist auch die Denkschrift der freien Gewerkschaften aufgebaut. Sie behandelt einleitend die Ursachen der deutschen Wirtschaftskrise und stellt fest, daß die Bereicherung der

Stinnes-Leute zur Inflationszeit 1923 in Verbindung mit der verantwortungslosen Regierung Cuno die Hauptursachen der Verheerungen auf dem Wirtschaftsgebiete gewesen sind. Die trisphenhaften Zustände der letzten Jahre sind ganz wesentlich gesteigert worden durch die ungeheuerliche Kreditpolitik der Banken. Es wird im einzelnen der Nachweis geführt, daß die Störungen im Zirkulationsprozeß der Wirtschaft in erster Linie verursacht sind durch die falsche Verwendung des Sozialprodukts. Dabei wird festgestellt, daß nach sorgfältigen und gewiß sehr vorsichtigen Berechnungen das Volkseinkommen gegenwärtig 52 bis 60 Milliarden beträgt, während die Dentschrift des Reichsverbandes mit 43 bis 48 Milliarden operiert. Wir sind der Meinung, daß auch die Ziffern von 52 bis 60 Milliarden nicht ausreichen. Immerhin lassen sie klar erkennen, daß die angebliche Steuerlast der Besitzenden bei weitem nicht so groß ist, wie sie von Seiten der Unternehmer dargestellt wird. Es ist selbstverständlich, daß nach der Dentschrift der freien Gewerkschaften die sozialen Abgaben der öffentlichen Körperschaften, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht als steuerliche Belastung der Wirtschaft von uns anerkannt werden kann. Wir müssen deswegen naturgemäß jeden Rückschritt in der Sozialpolitik bedingungslos ablehnen. Interessant ist für unsere Kollegen besonders der Standpunkt des ADGB zu den Haushalten der öffentlichen Betriebe des Reiches, der Länder und der Gemeinden. „Die Betriebe sind nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten zu leiten, ob in Form selbständiger juristischer Personen, oder wie zumeist durch die öffentlichen Körperschaften, ist eine nach Zweckmäßigkeit zu entscheidende Frage.“

Wir selber möchten mit aller Deutlichkeit betonen, daß aus unserm Erfahrungskreis festzustellen ist, daß die gemeindlichen G. m. b. Hs., die gemischt-wirtschaftlichen Betriebe ufm. sich in der Hauptsache darin von den allgemeinen öffentlich-rechtlichen Betrieben unterscheiden, daß eine Anzahl weiterer Direktoren ernannt werden mit ungeheuren Gehaltssummen, die der öffentlichen Kontrolle nicht mehr unterstehen. Doch über dieses Kapitel berichten wir ja fortlaufend in unserer „Gewerkschaft“.

In bezug auf die öffentlichen Finanzen kommt die Dentschrift der freien Gewerkschaften zu folgenden Forderungen:

„Die Ausgabenverteilung der öffentlichen Körperschaften greift so tief in alle Gestaltungen des wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Lebens ein, daß es nicht angängig ist, mit der Forderung nach schematischer Sparsamkeit alle notwendigen und dem Fortschritt dienenden Ausgaben abzudrosseln. Wir halten insbesondere für notwendig: Eine ausreichende Befolgung der Beamten; eine angemessene Versorgung der Kriegsober, die zurzeit noch fehlt; die Aufrechterhaltung und den Ausbau aller öffentlichen Einrichtungen der sozialen Fürsorge; die Aufrechterhaltung und den Ausbau des Schulwesens unter Befestigung der Anhänglichkeit der höheren Schulen für die minderbemittelten Schichten der Bevölkerung. Wir halten Ersparnisse insbesondere für möglich: Durch Vereinfachung der Verwaltung in Richtung auf den Einheitsstaat; durch Befestigung der Länder von den ungerechtfertigten Verbindungen an Fürsten und Fürstentum; durch Ersparnisse am Beamtenapparat der Heeres- und Marineverwaltung; Streichung des Neubaus von Kriegsschiffen, wie überhaupt durch äußerste Einschränkung im Etat des Reichswehrministeriums. Wir fordern auf steuerlichem Gebiet unter Hinweis auf unsere früheren Vorschläge in der Schrift „Gegen das Steuerrecht“ in erster Linie: Offenlegung der Steuerquellen; Abbau der Umsatzsteuer; Reform des Einkommensteuertarifs zur Entlastung der untersten Stufen und schärfere steuerliche Erfassung der höheren Einkommen; Verwendung der Hauszinssteuer für den Wohnungsbau.“

Bezüglich der Tarifierungen von Eisenbahn und Post wird nahegelegt, die notwendigen Ueberschüsse für die Reparationslasten soweit irgend möglich auf dem Wege der Steigerung des Verkehrs zu erzielen, statt durch erhöhte Tarife den Verkehr zum Schaden der Wirtschaft zu hemmen. Es müssen auch internationale Tarifvereinbarungen getroffen werden. Ferner ist ein Abbau der Kohlentarife erforderlich, wenn wir überhaupt mit den Auslandskohlen (England) konkurrieren wollen. Die Reichspost muß eine Herabsetzung der Telegraphen- und Fernspreckgebühren an-

streben, um durch vermehrte Teilnahme die Rentabilität zu erreichen. Es wird zusammenfassend von allen öffentlichen Verkehrsunternehmungen in bezug auf die Tarifgestaltung gefordert:

„daß sie sich den Erfordernissen rationaler Preisgestaltung anpassen müssen, und daß die Verkehrsverwaltung in ihrer Politik den Grundgedanken verwirklichen sollen, Dienet der Gesamtwirtschaft zu sein.“

Die Dentschrift wendet sich dann den sozialen Abgaben zu, wobei insbesondere erneut darauf hingewiesen wird, daß es höchste Zeit ist, das Versicherungsprinzip auch auf die Arbeitslosigkeit auszuweihen. Die Lasten der sozialen Fürsorge sind heute bestimmt nicht schwerer als 1913, und auch der einzelne Versicherte ist im realen Wert der Sozialleistung im wesentlichen nicht besser gestellt als in der Vorkriegszeit, wobei man noch bedenken muß, daß in allen Kulturländern die sozialen Leistungen in den letzten Jahren ganz erheblich ausgebaut worden sind. Die Dentschrift kommt in bezug auf die sozialen Abgaben zu folgender Forderung:

„Die sogenannten sozialen Abgaben dienen dem Schutze der menschlichen Arbeitskraft. Wir lehnen jeden Rückschritt der Leistungen auf diesem Gebiet ab. Wir fordern Ausgestaltung der Leistungen der bestehenden Sozialversicherungen und vor allem Dinge schnellste Durchführung einer ausreichenden Arbeitslosenversicherung.“

Vom Standpunkt der Gewerkschaften ist das Kapitel „Lohn und Arbeitszeit“ das am nächsten liegende. Es wird hierin besonders scharf und unseres Erachtens durchaus treffend gegen die Reichsverbandsdentschrift polemisiert, die unter anderem behauptet, daß nominelle Lohnerhöhungen keine Stärkung der Kaufkraft bedeuten. Gewiß könnte die reale Erhöhung der Kaufkraft wesentlich unterstützt werden durch eine Verbilligung der Preise; aber alle bisherigen Berichtigungen, Versicherungen und Behauptungen sowie Anordnungen von Regierungsseiten wie auch von Seiten der Unternehmervertreter (bei Tarifverhandlungen) haben sich als leeres Dunst erwiesen. Scharf wendet sich die Dentschrift des ADGB gegen den Plan, Bertsvereinbarungen zu schließen, um damit in den Tarifvertrag Bresche zu schlagen. Die Gewerkschaften vertreten nach wie vor den Grundsatz des achtstündigen Maximalarbeitslages. Wenn man schon kein Schema will, so sollte man bei besonders schweren Berufen mit erschwerter Verantwortlichkeit unter diese „schematische Formel“ heruntergehen. Sollten besondere Abweichungen in einzelnen Fällen notwendig sein, so kann das im übrigen durch Tarifvertrag geregelt werden. Jedensfalls muß die von der deutschen Industrie erhobene Forderung nach betrieblicher Regelung der Normalarbeitszeit grundsätzlich abgelehnt werden. Die Arbeitszeit ist einheitlich gesetzlich zu regeln, sowohl national wie international. Zusammenfassend wird hierzu gesagt:

„Die Erhöhung des Lohnniveaus ist nicht nur sozial erwünscht, sondern auch als Antrieb zur Rationalisierung und als Voraussetzung der Markterweiterung für die Gesamtwirtschaft dringend notwendig. Wir fordern Ausgestaltung des Tarifsystems, des Tarifrechts und des Schlichtungswesens, gesetzliche Durchführung des Achtstundentages und Rationalisierung des Wohnungsbauwesens.“

Das Bank- und Kreditwesen bedarf in der Tat nach unserer Meinung einschneidender Veränderungen, die insbesondere durch die Gesetzgebung veranlaßt werden müssen. Genau wie die Gesamtwirtschaft rationalisiert werden soll, ist das auch für das gesamte Bankwesen unvermeidlich. Daher fordern wir vom Bank- und Kreditwesen:

„Die Kreditwirtschaft ist planmäßig, nach volkswirtschaftlicher Zweckmäßigkeit zu betreiben. Die Reichsbank und die öffentlichen Banken müssen durch Bereinstufung der Privatbanken den Abbau der Spanne zwischen Soll- und Haben-Zinsen und eine planvolle Kreditverteilung anstreben, bei der die volkswirtschaftliche Nützlichkeit in der Lenkung des Kapitalstromes mehr berücksichtigt wird als bisher.“

Unsere Handelspolitik soll die produktiven Kräfte des Landes so lenken, daß der Gesamtbevölkerung ein möglichst großer Lebenspielraum geschaffen wird. Dazu gehört auch unter Berücksichtigung der Reparationslasten die Stär-

lung der Exportfähigkeit, insbesondere der Fertigwarenindustrie. Das setzt aber einen wesentlich stärkeren inneren Markt voraus. Unsere Zollpolitik dient andererseits der Hochhaltung der Preise im Innern, vermindert also den Innenmarkt. Es ist in erster Linie der Abbau der deutschen Zölle erforderlich, soll eine Gesundung der deutschen Wirtschaft wieder eintreten. Natürlich trifft das auch für andere Staaten zu. Daher wird als Gesamtforderung hierzu aufgestellt:

„Die deutsche Handelspolitik muß den Abbau der deutschen wie der internationalen Zollmanern mit dem Ziel zum Ziel verfolgen. In erster Linie sind Zölle auf Rohstoffe der industriellen Produktion und auf unentbehrliche Lebensmittel zu beseitigen. Die künftigen Handelsvertragsverhandlungen sind von diesen Gesichtspunkten aus zu führen, und der Abschluß von Handelsverträgen ist in diesem Sinne zu fördern.“

Auf den Gebieten der Gütererzeugung und Güterverteilung werden die grundsätzlichen Fragen der Rationalisierung der einzelnen Gewerbe- und Industriezweige entwickelt. Ferner gehört hierzu die Erweiterung der Lebenshaltungsmöglichkeiten für die Gesamtheit des Volkes, die nur erreicht werden kann durch eine Steigerung des realen Lohnes der Arbeitenden. Rationalisierung hat überhaupt nur einen Sinn, wenn Markterweiterung gesichert erscheint. Wenn durch sie verstärkte Arbeitslosigkeit herbeigeführt wird, würde sie zum Unsinne! Eine solche unsinnige Tendenz ist aber heute zum Teil zu erkennen. Die Gewerkschaften können also der Rationalisierung nur dann zustimmen, wenn damit ein Sinken der Preise, eine Erhöhung der Löhne und ein vermehrter Konsum unmittelbar erkennbar ist. Insbesondere müßte unseres Erachtens die Rationalisierung auch bei der Warenverteilung einsetzten. Natürlich unterstützen wir alle Bestrebungen zur Ausbildung der Facharbeiter und Angestellten. Unser Verband hat insbesondere im „Gesundheitswesen“ seit Jahrzehnten in dieser Richtung hin gearbeitet, in neuerer Zeit auch besonders bei den Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerken durch die besondere Zeitschrift „Technik und Wirtschaft“, planmäßige Vorträge in Konferenzen usw.

Es wird über die Rationalisierung zusammenfassend gesagt:

„Die Rationalisierung ist notwendig. Sie ist nicht nur eine Betriebs-, sondern auch eine Gewerbeaufgabe. Ihr Ziel muß Verbilligung der Produktionskosten und Preise bei gleichzeitiger Erhöhung der Löhne sein. Nur auf dem Wege über diese Steigerung der Massenkaufkraft können die arbeitslosen Arbeitnehmer von neuem Beschäftigung finden. Die gegenwärtig oft gebrauchte Methode, die Rationalisierung ohne gleichzeitige Preisverbilligung

und Lohnverhöhung durchzuführen, muß die Kräfte der Ueberproduktion erzeugen. Die Durchführung der Rationalisierung muß unter Mitwirkung der Betriebs- und Wirtschaftsräte und unter Vermeidung sozialer Härten geschehen. Die Ausbildung der Arbeitskräfte ist zu fördern. Die Auslese der leitenden Kräfte ist von unsachlichen Einflüssen zu befreien.“

Bezüglich der Konzentration der Betriebe usw., die ja zum Teil gleichzeitig zur Rationalisierung der Wirtschaft gehört, ist ein beschleunigter Ausbau der Umsatzstatistik einer spezialisierten Produktion gefordert, um so eine einwandfreie Ueberblick zu gewinnen.

Das heutige Kartellwesen kann charakterisiert werden als eine Institution zur Hochhaltung der Preise. Demgegenüber sagt die Denkschrift:

„Wir fordern, daß die Preispolitik der Kartelle nicht unter der kreisförmigen Ueberwacht der Ordnung des Marktes und der Erzielung stetiger Preise in der Praxis ausgerichtet wird auf eine ungeheure Hochhaltung der Preise und auf ihre Bemessung nach den Produktionskosten leistungsschwacher Betriebe. Wir fordern zur Sicherung einer gesunden Kartellpolitik eine Reform des Kartellrechts, die im besonderen einen Ausbau der staatlichen Kartellaufsicht enthält. Die Kartellaufsicht ist in die Hand eines besonderen, zur Ueberwachung und Berichterstattung verpflichteten Kartellaufsichtsamtes zu legen.“

Die Güterverteilung ist gegenwärtig in Deutschland in hervorragendem Maße mit Schmarotzern durchsetzt. Kein Gebiet der Produktion hat wohl so vielerlei Zwischenstationen und Zwischenverdiener als der Handel. Es muß deswegen auch von den öffentlichen Gewalten darauf hingewirkt werden, daß die Entwicklung der Genossenschaften in stärkstem Maße gefördert wird. Besonders sind auch die Konsumvereine geeignet, den Güterverteilungsprozeß zu verbilligen bei gleichzeitiger wirksamer Ueberwachung der Qualität der Konsumgüter. Es hat zwar ein teilweiser Bereinigungsprozeß im Handel eingesetzt, jedoch ist er durchaus ungenügend. Wir fordern daher:

„Keine Hemmungen des notwendigen Bereinigungsprozesses im Großhandel und Kleinhandel; Förderung der Genossenschaften als der rationellsten Instrumente der Güterverteilung.“

Soll die Aktion des ADGB voll in Wirksamkeit treten, so möchten wir unseren Filialverwaltungen dringend raten, durch Vorträge usw. für die weitestgehende Verbreitung der Denkschrift und ihrer Ideen zu sorgen; wobei unseren Freunden von links erneut der Gewerkschaftsgrundsatz nahezu legen ist, bei wirtschaftlichen Aktionen sich endlich in die Einheitsfront zu begeben und diese nicht zu stören durch prinzipielle Vorbehalte mit parteipolitischen Einschlag. E. D.

Betriebsvertretungen!

Mit Sorge für die weitere Entwicklung der Betriebsvertretungen der Arbeitnehmer erfüllt uns die immer wieder zu beobachtende Tatsache, daß in den Erörterungen über die Schaffung der Kräfte zur Formung der Umwelt im Interesse des Wiederaufstiegs der Wirtschaft, die Betriebsvertretungen nicht die Beachtung finden, die sie verdienen. Daß dem so ist, beweist u. a. die Beobachtung, daß in den für die erwerbstätige Bevölkerung in Frage kommenden Tageszeitungen nur selten einmal ein Artikel zu finden ist, der sich mit dem Problem „Betriebsvertretung der Arbeitnehmer“ beschäftigt. Umso mehr ist es Aufgabe der gewerkschaftlichen Fachblätter, zu dieser für den Arbeiterkampf lebenswichtigen Frage immer wieder Stellung zu nehmen; besonders dann, wenn die Gewerkschaften vor der Neuwahl der gesetzlichen Betriebsvertretungen stehen. Denn neben dem Kampfe um die Forderungen auf Verbilligung der Arbeitszeit — richtige Lohngestaltung — Urlaubsgewährung und allem, was zur sozialen Frage gehört, wird und muß die Wirtschaft und damit das Problem Betriebsvertretungen der Arbeitnehmer eine nicht unbedeutende Rolle spielen.

Die Gesamtstruktur der Wirtschaft mit dem Kapitalismus eigenen Gesetzen, sowie der Einstellung des Unternehmertums mit dem seinen geistigen Sachwaltern und der teilweise noch bestehenden Besorgnis eines Teiles der Arbeiterklasse in der kapitalistischen Ideologie — ergibt ein Feld für die Gewerkschaften, dessen Bearbeitung wohl einigen Schweiß kostet, aber doch der Mühe entsprechend reichen Segen bringen kann. Alles ist wert, daß es

zugrunde geht und aus den Ruinen muß sich neues Leben entwickeln! Das gilt auch für die Struktur der kapitalistischen Wirtschaft. Untergang jeglichen kulturellen Fortschritts würde es bedeuten, falls die Besitzlosen in ihrer durch die Gewerkschaften monopolisierten Arbeitskraft den Weg nicht erkennen wollten, der aus dem Chaos der kapitalistischen Wirtschaft heraus zu einer neuen Wirtschaftsstufe in der Kulturentwicklung der Menschheit führt!

Wohl ist es richtig, wenn immer wieder hervorgehoben wird, daß der Krieg ungeheure Werte vernichtete; Störungen in die kapitalistischen Wirtschaftsorganisationen brachte, von denen sich die Wirtschaft bisher noch nicht erholen konnte. Doch müssen Bedenken aufsteigen, wenn alle bisher angewandten Methoden der kapitalistischen Wirtschaftsführer zum Wiederaufbau der Wirtschaft verlagten. Dies tritt in aller Deutlichkeit in Erscheinung, wenn 1925 zu 1926 die Wirtschaftskrise eine Gestalt angenommen hat, daß viele Millionen Arbeitnehmer arbeitslos oder Kurzarbeiter sind. Damit läßt sich folgern, daß die Fallorganisation der kapitalistischen Wirtschaft durch ihre geistigen Sachwalter nicht zu beseitigen ist.

So spricht man seit 1918 von Produktions- und Absatzkrise, von mangelhafter Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt durch die „hohen Löhne der Arbeitnehmer“, Mangel an flüssigem Kapital usw. Im Kreise von einer wirtschaftlichen Krise zur anderen bewegt sich die kapitalistische Wirtschaft und keine Zeichen sind vorhanden, daß die Wirtschaft im Rahmen der dem Kapitalismus eigenen Gesetze in naher Zukunft gefunden könnte.

Die Menschen, die die Werte schaffen, betrachtet der Kapitalismus nicht als Subjekte, sondern als Objekte des Wirtschaftens! Und deshalb versuchen die Arbeitgeber den erfolgreichen Kampf der Gewerkschaften. Die Arbeiter sollen keinen Einfluß auf die Betriebsleitung nehmen.

In der Fassung des § 165 der Reichsverordnung von Arbeitnehmerbetriebsvertretungen der einzelnen Betriebe über den Bezirk zum Reichswirtschaftsrat ergibt sich in richtiger Wirkung ein Einfluß auf die Gestaltung der Gesamtwirtschaft. Wir begreifen den Kampf des Unternehmertums um die Erhaltung ihrer unbeschränkten Wirtschaftsmacht; wir begreifen aber auch, daß die Wirtschaft aus den Störungen nicht herauskommen wird, wenn nicht die Arbeiterklasse in ihrer Gesamtheit an der Wirtschaftsgestaltung interessiert wird. Es kann für die Verbesserung der Organisation des Produktionsprozesses noch mehr Bedeutung sein, wenn beispielsweise bei 25 Millionen Arbeitnehmern 1 Million gewählte Betriebsvertreter der Arbeitnehmer darüber nachdenken, wie die Produktion verbessert werden kann!

„Versuche mit dem geringsten Kraftaufwand das Höchstmögliche zu erreichen!“ gilt noch immer als wirtschaftliches Grundprinzip und durchführbar mit Hilfe der Technik ist es nur, falls es gelingt die Arbeitnehmer an der Wirtschaft zu interessieren! Dieses Mitinteressieren ist leider unmöglich bei den gegenwärtigen Methoden des Unternehmertums.

Gegenwärtig spricht man von einer Wirtschaftskrise, deren Ursachen u. a. Mangel an flüssigem Kapital und Absatzstörung sind; die zu einer Neuorganisation der kapitalistischen Wirtschaft führen soll. Dabei wird man versuchen, den Einfluß der Arbeitnehmer auf die Wirtschaft noch mehr einzuschränken. Die Betriebsvertretungen müssen in engerster Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften das Material liefern, was benutzt werden kann im Kampfe für die Rechte der Arbeitnehmer; denn das Mitberatungs- und Mitbestimmungsrecht der Arbeitnehmer im Betrieb und auskömmlicher

Lohn sind u. a. Voraussetzungen zur Wirtschaftsgesundung. Der Kampf um die Wirtschaftsdemokratie hat wiederum zur Voraussetzung 1. daß sich alle Arbeitnehmer freigewerkschaftlich organisieren, 2. daß in den Betrieben, wo laut BRG die Möglichkeit gegeben ist, die Arbeitnehmer Betriebsvertretungen errichten und 3. daß die Betriebsvertretungen alle Möglichkeiten wahrnehmen, „damit sie an der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und an der gesamten Entwicklung der produktiven Kräfte mitwirken und sich mit den Problemen der Betriebs-, Wirtschafts- und Volkswirtschaft vertraut machen.“ —

Es ist ein erfreuliches Zeichen, daß selbst bürgerliche Wissenschaftler auf die in früherer Zeit gemachten Fehler auf diesem Gebiete mit aller Schärfe hinweisen! Das große Problem, welches uns Menschen in der Gegenwart und der Zukunft beschäftigen muß, liegt nicht nur in der Umstellung der Industrie nach betrieblicher und maschineller Hinsicht — als Mittel der Gütererzeugung und schließlich der Bedarfsversorgung der Menschen —, sondern auch speziell in wissenschaftlichen Untersuchungen und Feststellungen auf dem Gebiete der Menschenökonomie, damit der Produktionsfaktor „Arbeit“ endlich den ihm gebührenden Platz in der Wirtschaftskalkulation einnimmt. Damit stellt man die Bedeutung des Arbeitnehmers vom selbst in den Mittelpunkt der Betrachtung.

Lassen wir uns leiten von dem Grundsatz: **Gemeinde-, Staats- und Reichsbetriebe** sollen Musterbetriebe sein, so ergibt sich, daß aus der Stellung der Gemeinde-, Staats- und Reichsbetrieben im deutschen republikanischen Staate von ihnen in erster Linie alles getan wird, was zu einer Lösung der angeführten Probleme beiträgt.

Wollen wir nun, daß die Gewerkschaft den Kampf führt um die Erweiterung der Rechte der Betriebsvertretungen der Arbeitnehmer in den Kommunal-, Staats- und Reichsbetrieben, dann, Kolleginnen und Kollegen, sorgt dafür, daß bei der Neuwahl der Betriebsvertretungen in allen Betrieben, wo die gesetzlichen Voraussetzungen gegeben sind, freigewerkschaftliche Betriebsvertretungen errichtet werden!

W. Schapf.

Das neue Steuerprogramm.

Die Parole der Regierung lautet: „Abbau der Vermögenssteuer — keine Erhöhung der Erwerbsteuern unter Führung.“ Durch die Rede des neuen Finanzministers Dr. Reinhold hat die Regierung kundgetan, welche Stellung sie gegenüber der Arbeiterschaft einnimmt. Ueber eine halbe Milliarde will man den Besitzenden in den Schoß werfen, für die Arbeitslosen hingegen hat sie nichts übrig. Bedenkt man, daß die Möglichkeit von Steuererleichterungen erst möglich war, weil die große Masse der Steuerpflichtigen weit mehr aufgebracht hat, als der Etat des Haushalts es erforderte, so sieht man mit aller Deutlichkeit, welchen Interessen die neue Regierung dient. Auf Kosten der Steuergrößen der Arbeiterschaft und Konsumenten gewährt man den Besitzenden Steuerermäßigungen. Lediglich den Forderungen des Ausschusses des Reichshaushaltes ist es zu verdanken, wenn die Regierung auch den Arbeitslosen und Kurzarbeitern einige wenige Zulagen gewährt. Erst der parlamentarische Druck der Arbeiterschaft hat dies zu erreichen vermocht.

Die Regierung begründet die Steuerermäßigungen der Besitzenden damit, daß durch ein solches Verfahren eine Abschwächung der Wirtschaftskrise erreicht wird. Immer wieder haben wir schon betont, daß die Ueberwindung der Wirtschaftskrise nur möglich ist, wenn die Kaufkraft der Arbeiterschaft erhöht wird. Deshalb wäre es angebracht, die Arbeiterschaft von den hohen Steuern zu befreien. Dies wäre aus moralischen Gründen schon der richtige Gesichtspunkt, da ja die Steuerermäßigungen auf Kosten der Arbeiterschaft gehen. Aber gerade das Gegenteil ist der Fall. Man ermäßigt die Fusionssteuer und ermöglicht so die weitere Zusammenziehung von Kapitalien. Die Arbeiterschaft hätte vielleicht kein Interesse daran, sich gegen eine weitere Konzentration des Kapitals zu wehren, wenn auch ihre Interessen in dieser Beziehung vertreten werden würden. In der heutigen kapitalistischen Wirtschaft bedeutet die weitere Konzentration des Kapitals eine noch stärkere Ausbeutung der Konsumenten. Allerdings hatte man angeblich zum Schutze ein Kartellgerichtsgesetz geschaffen. Dieses ist aber nie zum Schutze eines Teiles der Mitglieder eines Kartells; d. h., es erfolgten bisher nur Verurteilungen der Kartellgerichte gegen Kartellmitglieder, die gegen die Kartellverträge verstoßen hatten. Die Regierung hat noch niemals von sich aus, auf Grund dieses Gesetzes, Klagen angebracht wegen hoher Preisforderung oder Ausnutzung der Kartellgewalt zuungunsten der Konsumenten. Solange die Regierung nicht willens ist, eine Preis-

kontrolle über die Kartelle auszuüben, lehnt die Arbeiterschaft eine Ermäßigung der Fusionssteuer ab, da dadurch der Ausbeutung des Konsumenten Tür und Tor geöffnet ist.

Weiterhin soll die Vermögens- und Einkommensteuer ermäßigt werden. Wir sind gespannt wie dieses Gesetz aussehen wird. Die Deutschnationalen im Verbands mit den Volksparteilern präsentieren jetzt schon ihr Forderungen und versuchen für ihre Klasse soviel als möglich herauszuholen. Sie wollen die Einkommens- und Vermögenssteuer zur Hälfte ohne jegliche Verzinsung gestundet haben. Ferner wird eine Ermäßigung der Fusionssteuer, der Gesellschaftsteuer, der Wertpapier- und Börsenumsatzsteuer, der Obligations- und Grunderwerbssteuer und die Befreiung der Wertzuwachs- und Zugussteuer verlangt. Es bleibt abzuwarten, inwieweit die Regierung diese Forderungen zu den ihrigen macht. Die Vertreter der Arbeiterschaft werden ihre Gegenforderungen stellen, die, im Gegensatz zu den Forderungen der Rechtskreise, im Interesse des Wiederaufblühens unserer Wirtschaft liegen, und die dazu geeignet sind, die größte Not von den heute hungernden Proletariern abzuwehren.

Um nun nicht die gesamte Konsumentenschaft gegen sich zu haben, plant die Regierung auch neben der Ermäßigung der Kapitalsteuern eine Ermäßigung der Umsatzsteuer. Sie soll ab 1. April ermäßigt werden. Die erhöhte Umsatzsteuer (Zugussteuer) soll, mit wenigen Ausnahmen, in Fortfall kommen. Eine Vereinfachung der Lohnsteuer und der Steuerrückzahlungen soll das Steuerprogramm krönen. Diese Maßnahmen können wir nur begrüßen, denn die Arbeiterschaft wehrte sich gegen die Einführung der Umsatzsteuer, die die sozialste Steuer ist, da auch der Invalide und Arbeitslose ihr seinen Tribut zollen muß. Wir haben aber berechtigte Zweifel, ob unter den gegebenen Verhältnissen mit der Ermäßigung der Umsatzsteuer eine Verbilligung der Waren eintritt. Wir befürchten, daß auch sie in die Taschen der Besitzenden fließt.

Die Begründung, mit der die Regierung die Steuerermäßigungen vornimmt, Befreiung der Wirtschaftskrise, hört sich sehr gut an, bleibt und ist aber eine Illusion. Die Worte sind zu schön, als daß sie bei uns Glauben finden könnten. Zur Ueberwindung der Krise gehört viel mehr als Steuererleichterung. Eine Verständigung der Völker Europas ist dazu erforderlich mit dem Ziele: Abbau der Zollmauern und der Abschluß von Handelsverträgen, die allen Völkern dienen, ihnen die Möglichkeit geben, im Rahmen der Volkswirtschaft ihre Volkswirtschaft weiter zu entwickeln und zu festigen.

E. Eichhorf.

Arbeiterpensionkasse I der Deutschen Reichsbahn, Abt. A und B.

Von einem Delegierten der Hauptversammlung der Arbeiterpensionkasse I der Deutschen Reichsbahn haben wir nachfolgenden Bericht erhalten, der nicht nur für unsere Mitgliedschaft, sondern in erster Linie für die in den Wasserbaubetrieben beschäftigten Kollegen von außerordentlichem Interesse ist. Der Bericht spricht weiter dafür, wie notwendig es ist, daß das Reichsfinanzministerium in der Frage der Schaffung einer allgemeinen Ruhe- und Hinterbliebenenversorgungskasse für die gesamten Reichsarbeiter Klarheit bringt:

Vom 15. bis 18. Dezember 1925 hat in Berlin die Hauptversammlung der Arbeiterpensionkasse I der Deutschen Reichsbahn stattgefunden. Es war dies die erste Hauptversammlung, wozu im März 1925 die Vertreter der Versicherten auf Grund der Verhältniswahl in allgemeiner Wahl nach Vorschlagslisten gewählt worden sind. Dies zeigte sich auch deutlich in der Zusammensetzung der Vertreter zur Hauptversammlung, in dem das Mehrheitsverhältnis, im Gegensatz zu früheren Hauptversammlungen, überwiegend zugunsten der freigewerkschaftlichen Richtung bestand; 62 freigewerkschaftliche Vertreter gegen 16 christliche und 10 Hirsch-Dunder-Vertreter.

Unter den 88 Vertretern waren vier Wasserbauarbeiter vertreten, die sich zum ersten Male, seit die Wasserbauarbeiter Mitglied der Pensionkasse sind, aktiv an der Hauptversammlung beteiligen, indem sie eine größere Zahl Anträge selbständig stellen und in der Hauptversammlung vertreten. Die früheren Vertreter der Wasserbauarbeiter verstanden wohl glänzend, Maulaffen selbhalten, aber nicht die Interessen ihrer Kollegen zu vertreten; dafür waren es auch Liebhaber der Verwaltung, wurden als Vertreter zur Hauptversammlung ernannt und nicht gewählt.

Da nun der größte Teil der Kollegen den Pensionkassenaufbau und die neuen, am 1. Januar 1926 in Kraft getretenen Satzungen wenig oder überhaupt nicht kennen, ist es geboten, näher auf den Verlauf der Hauptversammlung und den Inhalt der neuen Satzungen einzugehen.

Nachdem die üblichen Formalitäten erledigt waren, ergriff der Vorsitzende Oberregierungsrat Dr. Dittmar zur Erstattung des Geschäftsberichts das Wort. Er führte etwa folgendes aus:

Während der Zeit der Selbstverwaltung ging das Vermögen der Kasse zum größten Teil verloren. Alle Versuche, das Kasselformvermögen in wertbeständigen Papieren anzulegen und zu erhalten, mißlang, zu einem Teil, weil nicht genügend Wertpapiere zu erlangen waren, zum anderen Teil, weil auch diese Wertpapiere ihren ursprünglichen Wert verloren. Trotz dieser finanziellen Schwierigkeiten gelang es, nicht nur die bestehenden Heime und Heilstätten aufrecht und in Betrieb zu halten, sondern es konnten noch Erweiterungen und Neuerwerbungen erfolgen. Zum Beispiel konnte die Heilstätte Ostau, die im Jahre 1922 erworben wurde, den Bedürfnissen der Arbeiterpensionkasse I entsprechend ausgebaut werden (Herstellung von Liegehallen, eines Lagerhauses, Ausbau zweier Baracken zur Aufnahme kranken Kinder [etwa 35] während

der Sommermonate). Beschaffung einer modernen Feuerlösch-Einrichtung zum Schutz der Gebäude und des Waldes. Im Bau begriffen ist ein modernes Sanatorium zur Aufnahme von 80 tuberkulösen Kindern während des ganzen Jahres. Des weiteren wurde im Frühjahr des Jahres 1925 zur Behandlung von Kasselformmitgliedern, die an Rheumatismus, Gicht, nervösen Störungen leiden, das Sol- und Moorbad Bernsburg a. d. Saale erworben. Es können Sommer und Winter 100 Kranke untergebracht werden. In der Heilstätte Stadtwald erfolgte Erneuerung des Innenanstrichs sämtlicher Zimmer und Flure. Ankauf eines 180 Morgen großen Gutes mit Mühlenbetrieb bei Station Körlitz im Sommer dieses Jahres zur Versorgung der Heilstätte mit Lebensmitteln. Der gesamte Milch- und Fleischbedarf der Heilstätte wird von dem Gute gedeckt. Einrichtung einer elektrischen Kühlanlage. Im Aussicht genommen war die Einrichtung einer Radioanlage, die Mitte Dezember 1925 in Betrieb genommen worden ist. Erneuerung des Anstrichs der Zimmer und des Speisesaales der Heilstätte Moltfelde i. Th. Einrichtung einer eigenen Viehhaltung zur Versorgung der Heilstätte mit guter Milch. (Auf Anstaltsgebiet stehen etwa 15 Kühe, weitere 15 Kühe sind vorläufig auf einem Gute in Bobersdorfer untergestellt.) Ankauf eines 180 Morgen großen Gutes bei Warmbrunn im Sommer vorigen Jahres zum Betrieb einer umfangreichen Vieh- und Nebenwirtschaft. Im Frühjahr 1926 werden dort etwa 40 eigene Kühe untergebracht, die den gesamten Milchbedarf der Heilstätte decken werden. Erwerb des Invalidenheimes in Glienitz bei Berlin zur Aufnahme der bisher in Binnowitz untergebrachten Invaliden. Das Heim faßt etwa 40 Betten. Außerdem ist das Kinderheim Binnowitz an der Ostsee im Frühjahr dieses Jahres nach Verlegung der Invaliden in das neu erworbene Heim nach Glienitz erweitert worden; es finden jetzt 100 statt 70 Kinder dort Aufnahme. Auch das Kinderheim Rünster a. Etrin konnte durch einen modernen Umbau erweitert werden. Es können dort jetzt 68 Kinder Aufnahme finden. Die gesamte Inneneinrichtung ist erneuert worden. Das Kinderheim Pyramont erhielt eine eingehende Erneuerung. Durch Vergrößerung des offenen Veranda ist ein Lagerraum geschaffen worden. In Invalidenheim Herzwerder zahlreiche Erneuerungen. Das Erholungsheim Friedrichroda wird durch Errichtung von Badeanlagen zu einem Kurhaus umgewandelt. Und so weiter. Der Gesamtvorstand hielt es für seine besondere Pflicht, in den Zeiten der größten Not trotz der entstehenden außergewöhnlich hohen Kosten und der Schwierigkeit der Lebensmittelforschaffung für die Heilstätten und Heime mit allem Mitteln den Kampf gegen die Tuberkulose weiterzuführen. Während die Mehrzahl der Landesversicherungsanstalten im Laufe des Jahres 1925 ihre Heilstätten schließen oder die Bettenzahl erheblich verringern mußte, wurde der Betrieb der Heilstätten, der drei Kinderheime und Invalidenheim der Arbeiterpensionkasse I voll aufrechterhalten. Insgesamt wurden 1925 3184 Augenheilverfahren gegen 1511 im Jahre 1913 durchgeführt. Auch die Heilverfahren für Nierstenkrankheiten zeigen im Jahre 1925 gegen 1913 eine beträchtliche Zunahme (924 gegen 887). Ebenso wurde den Fürsorgemaßnahmen für tuberkulöse und tuberkulöse bedrohte Kinder besondere Aufmerksamkeit zugewandt. 824 Frauen und 367 Kinder von Mitgliedern hatten 1925 Heilverfahren. Die Kosten sämtlicher Heilverfahren gehen zu Lasten der Abteilung A; Mittel aus Abteilung B werden nicht zur Verfügung gestellt. Das Vermögen der Kasse läßt sich aus außerpolitischen Gründen nicht genau angeben (es spielen hierbei die Interessen der früheren Mitglieder in den abgetretenen Gebieten eine gewisse Rolle). Das Gesamtvermögen setzt sich nachmäßig folgendermaßen zusammen:

Die Arbeiterbewegung und die Landwirtschaft.

I.

Sehr häufig ist in der „Gewerkschaft“ darauf hingewiesen worden, daß die kapitalistische Wirtschaft sich sehr stark konzentriert und somit der Boden geschaffen wird, um die Wirtschaft zum Gemeingut werden zu lassen, sie zur sozialistischen umzugestalten. Zur Wirtschaft gehört aber nicht nur die Industrie, sondern auch die Landwirtschaft. Wie sieht es nun aber in der Landwirtschaft aus? Wie wird sich hier die sozialistische Wirtschaft vollziehen?

Das Agrarproblem ist wohl eines der wichtigsten und daher auch heißumstrittensten Probleme des Sozialismus überhaupt. Die Behandlung dieser Frage soll hier sowohl vom technischen als auch vom ökonomischen Standpunkt erfolgen. Den Kern des Problems bilden folgende Fragen: Groß- oder Kleinbetrieb? Landwirtschaft und Rationalisierung.

Die bedeutendste Frage ist für den Marzisten, ob in der Landwirtschaft eine Konzentration stattfindet, weil dies für die sozialistische Bewegung von größter Bedeutung ist. Wir müssen uns ganz konkret fragen: Geht die Konzentration in der Landwirtschaft genau so vor sich wie in der Industrie? Die Statistik hierüber ist völlig veraltet, sie ist 1907 zuletzt aufgestellt. Aber aus Einzeldarstellungen wissen wir, daß sich in der Landwirtschaft die Tendenz zum Großbetrieb fast gar nicht bemerkbar macht.

Die Mittelbetriebe sind auf Kosten der kleinen und großen Betriebe gewachsen. Auch bei Betrachtung der Anbaufläche können wir keinen Uebergang zum Großbetrieb feststellen. Es ist überhaupt keine große Verschlebung eingetreten. Will man durchaus ein Symptom feststellen, so könnte es nur das folgende sein: Die Entwicklung tendiert zum Mittelbetrieb und vermindert den Großbetrieb. Eine Konzentration der Landwirtschaft läßt sich nicht erkennen. Man kann zweifellos eine Gegentendenz feststellen. Es wäre vielleicht einzuwenden, daß die Entwicklung in anderen Ländern andere Bahnen einschlägt. Dem ist nicht so, sie ist in fast allen Ländern gleich. Den Marzisten wird diese Feststellung befremden. Marz hat die Unterschiedlichkeit zwischen Landwirtschaft und Industrie nicht gesehen. Historisch betrachtet, können wir uns diese Tatsache erklären. Marz befand sich in England und studierte an den dortigen Verhältnissen, weil die englische Wirtschaft die fortgeschrittenste war und die gesamte andere Wirtschaft sich nach ihr richtete. So nahm Marz auch die englische Landwirtschaft als Maßstab. Diese zeigte ihm, daß der Kleinbetrieb zugunsten des Großbetriebes zurückging. Hieraus ist der Fehlschluß zu erklären. Die von den übrigen Ländern abweichende Entwicklung der Landwirtschaft in England kam daher, daß sie sich dort nicht weiter entwickelte, nicht intensiver wurde, sondern extensiver, weil die Industrie innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft, in besonderem Maße in England, die Landwirtschaft überflügelte. Was bedeutet nun Intensivität und Extensivität? Die Extensivität besteht darin, daß man

	Gesamtvermögen am 31.12.1923		Gesamtvermögen am 31.12.1924	
	Abteilung A RM.	Abteilung B RM.	Abteilung A RM.	Abteilung B RM.
a) Bares Kas- sen- bestand	852 964	94	88 072	12
b) Darlehen und c) Wertpapiere (Bausparver- träge)	14 630 851	45	87 630 180	36
d) Grundstücke	42 537	35	5 728 258	87
e) Beteiligun- gen	1 149 698	41	49 438	98
f) Sonstige Einrichtungen	512 000	—	976 039	41
Zusammen	17 298 049	166	2 089 442	98
Veränderun- gen	17 298 049	08	19 357 492	04
Das Gesamt- vermögen hat sich erhöht um	—	—	3 688 226	89

Anmerkung: Die Beträge zu a), b) und c) sind in Goldmark umgerechnete Beträge. Diese werden nach den Bestimmungen des Aufwertungsgesetzes umgerechnet.

Der Niedergang der Arbeitsfähigkeit und der Gesundheit der wertvollen Bevölkerung zeigt sich in erschreckendem Maße in folgenden Zahlen:

In den Jahren			Hierbei umfasst die Rentenberechtigte unter 65 Jahren in den Jahren 1923 1924 überhaupt	Im Jahre 1924 sind hiernach mehr be- müht ge- worden als 1923	Auf 100 im Jahre 1923 demgegen- über im Jahre 1924
1923	1924	1. Halbjahr 1925			
1	2	3	4	5	6
5 728	17 494	6 091	1 389	10 616	799

Die Zahl der Mitglieder und die Einnahmen und Ausgaben der Abteilung B sind folgende:

Rechnungs- jahr	Anzahl der Mitglieder bei der Abteilung B	Beitrags- einnahmen aus Abteilung B RM.	Einnahmen aus Einnahmen auf 1. Mittel im Rück- halt RM.	Anzahl der Empfänger von Zulagen RM.	Jahresaus- gaben der Zulagen RM.	Anzahl der Empfänger von Zulagen RM.	Jahresaus- gaben der Zulagen RM.	Anzahl der Empfänger von Zulagen RM.	Jahresaus- gaben der Zulagen RM.	Gesamtbeitrag der Rentenangehörigen
1918	855 129	21 534 061	61	18 689	6 225 627	24 093	5 893 120	18 176	720 108	10 338 865
1924	842 075	22 896 067	67	26 184	10 351 194	40 183	5 035 808	41 627	2 439 658	17 826 590
1925 (Ende Juli) etwa 300 000 Abnahme der Rentenberechtigte Juli 1925 (300 000) — 17 62 Prop. Bericht, geg. 1914 (384 163)										Steigerung der Renten- last 1924 17 826 590 RM. geg. 1914 11 245 826 — 68,32 Prop.

Der Vorstand beschloß Mitte 1924, wieder 4 Versicherungsclassen einzuführen, die im neuen Satzungsentwurf auf sechs erhöht wurden. Die Altrentner (das sind diejenigen, die bis 31. Juli 1922 invalidiert worden sind), erhalten eine Einheitsrente; für sie wurde ohne Rücksicht auf die Dauer ihrer Mitgliedschaft als Rente die Anfangsrente der Rentenklasse 2 (= 189 RM. jährlich) festgelegt. Vom 1. Juli 1924 wurden lediglich die Bezüge der männlichen Altrentner aufgebessert; sie erhielten als Rente die Anfangsrente der neuen Rentenklasse 2 (Einheitsrente von 230,40 RM.). Die weiblichen Altrentner erhielten wie bisher 189 RM. Am 29. September 1924 wurde zu Wilhelmshöhe die Lage der Altrentner dadurch aufgebessert, daß man zwei Gruppen von Altrentnern schaffte. Die erste Gruppe mit einer Mitgliedschaft unter 15 Jahre erhielt 270 RM. und die zweite Gruppe über 15 Jahre Mitgliedschaft erhielt 318 RM. vom 1. Oktober 1924 ab. Nachdem am 2. April 1925 eine dritte Gruppe für Altrentner geschaffen wurde, die mehr als 20 Jahre Mit-

gliedschaft aufzuweisen hatten, und eine Jahresrente von 456 RM. be-
kamen, sollen in der Hauptversammlung noch zwei weitere Gruppen für
Altrentner mit einer Jahresrente von 516 und 600 RM. geschaffen werden.
Aus der folgenden Aufstellung sind die seit 1. Januar 1925 bis
12. November 1925 getätigten Vermögensanlagen zu ersehen:

a) Genossenschaftshypotheken	245 000,— RM.
b) Kurzfristige Darlehen	2 140 000,— "
c) Wertpapiere (Bausparverträge)	500 000,— "
d) Dazu Guthaben Wechselbank	1 989 872,56 "
e) Grundstücke	105 500,— "
Zusammen	4 980 372,56 RM.
ein Mehr gegenüber 1924 von	2 016 460,35 "

Abteilung B.	
a) Privathypotheken	5 095 970,— RM.
b) Genossenschaftshypotheken	2 744 640,— "
c) Kurzfristige Darlehen	2 470 000,— "
d) Wertpapiere (Bausparverträge)	500 000,— "
e) Dazu Guthaben Wechselbank	642 376,12 "
f) Grundstücke	500 000,— "
Zusammen	13 012 986,12 RM.
ein Mehr gegenüber 1924 von	6 762 268,87 "

Nur den zu b) gezahlten Genossenschaftshypotheken von 3 744 640 RM.
sind für 1925 noch ungefähr 400 000 RM. zugelegt, die erst zu Beginn
des Jahres 1926 gezahlt werden.

In den Jahren 1923—1925 ist das Heilverfahren besonders zur Be-
kämpfung der Lungentuberkulose in Anwendung gebracht worden. Die
Heilverfahren für sonstige Krankheiten wurden deshalb etwas zurückge-
lassen und werden von 1926 ab wieder in größerem Umfange in Frage kommen.
Es erfolgte dann der Bericht des Rechnungsausschusses. Aus dem Bericht

mehr Kapital und Arbeitskraft auf ein Stück Land verwendet.
Daraus ergibt sich, je kleiner ein Stück Land, je inten-
siver kann es bearbeitet werden. Für die extensiv-
Bewirtschaftung sind größere Flächen notwendig, da hier nur relativ
wenig Arbeitskraft verwendet wird.

Wie kommt es nun, daß die Entwicklung der
Unternehmensformen in der Landwirtschaft
eine andere Form hat als in der Industrie?

Die Konzentration der Industrie hat vielerlei Gründe, deren
wichtigste die Rationalisierung, die Arbeitsteilung, billigerer Roh-
stoffbezug, bessere Ausnutzung der Maschinen und Erparnisse an
Räumen, Heizung und Beleuchtung sind. Treffen diese Gründe nun
auch für die Landwirtschaft zu? Man kann diese Frage nur in
einem bestimmten Umfang bejahen; denn die Rationalisie-
rung ist in der Landwirtschaft nur in einem bestimmten Maße
möglich, niemals so weitgehend wie in der Industrie, da die land-
wirtschaftliche Produktion von der Natur abhängig ist. Man spricht
in der Landwirtschaft von einer organischen Produktion, in der
Industrie von einer mechanischen. Auch die Arbeits-
teilung geht in der Landwirtschaft nicht so weit wie in der In-
dustrie, da die Arbeit hier von der Zeit abhängig ist. Die Arbeits-
teilung kann im landwirtschaftlichen Großbetrieb keine besondere Ren-
tabilität gegenüber dem Kleinbetrieb bieten. Im verstärkten Maße
trifft dies zu, wenn die Flächen nicht zusammenhängend sind. Bei
arrondierten Flächen ist die Arbeitsteilung immerhin noch

möglich. Eine der wichtigsten Fragen für die Industrie und die
Landwirtschaft ist die Transportfrage. Durch die Größe der
Transportkosten innerhalb des Betriebes ist dem Großbetrieb schon
eine Grenze gesetzt. Die Transportkosten können so hoch sein, daß
es unrentabel ist, größere Strecken eines Landes zu bewirtschaften.
Die Großbetriebe suchen diesem Uebel durch den Bau von Vorwerken
zu begegnen; jedoch ist dies auch mit Kosten verbunden. Diese
Lösung ist deshalb keine ideale, zumal auch ein Verkehr zwischen dem
Hauptbetrieb und dem Vorwerk stattfinden muß. Nun zu einem
anderen wichtigen Faktor der Wirtschaft, der Maschine. Der
Unterschied in der Anwendung von Maschinen
liegt in der Arbeitskraft. Der Kleinbetrieb wird zu
meist Pferdebetrieb haben, der Großbetrieb dagegen Motorbetrieb.
Elektrizität kann man heute immer noch selten anwenden, da die
meisten Maschinen beweglich sind. Die Maschine selbst ist im Klein-
betrieb genau so verwendbar, wie im Großbetrieb. Es gibt vielleicht
eine Ausnahme: der Dampfzug. In der Landwirtschaft kann man
die Maschine nur zeitlich begrenzt verwenden. Dadurch wird der
Vorteil der Maschine in der Landwirtschaft gegenüber der Industrie
wesentlich verringert. Bei einzelnen Zweigen der Landwirtschaft
gibt es fast gar keine Maschinen, z. B. beim Hackbau und der Vieh-
zucht. Zusammenfassend kann man wohl feststellen, daß alle Vor-
teile, die die Industrie zur Konzentration veranlassen, in der Land-
wirtschaft hingegen sehr geringe sind. In der Landwirtschaft spielt
etwas anderes eine wichtige Rolle: die Bodenausnutzung,

In der darauf folgenden Diskussion wurde von allen Vertretern das Verhalten des Vorstandes im Falle Ruttray aufs schärfste verurteilt und nachgewiesen, daß der ehemalige Chefarzt, Dr. Ruttray, schon eine nennenswerte Pension als General-Oberarzt erhält und außerdem noch eine umfangreiche Privatklinik mit Praxis weiterbetreibt.

Die Heilstätten wurden zum Teil, wie z. B. Bernburg a. d. S., als mustergültig anerkannt, dahingegen wurde ein anderer Teil der Heilstätten und Alters-, Frauen- und Kinderheime einer scharfen Kritik unterzogen. Es wurde dann noch gewünscht, daß die Heime und Heilstätten weiter ausgebaut und verbessert werden sollten, und daß möglichst die Verwalter der einzelnen Heime aus den Kreisen der Versicherten entnommen werden sollten. Bei dieser Gelegenheit wurde auch begrüßt, daß als Verwalter für das neuerrundene Kur- und Soldat Bernburg a. d. S. der Kollege Förster ernannt ist.

Die Interessen der Wasserbauarbeiter wurden in der Diskussion von Frische, dem Vorsitzenden des Hauptverbandsrats der Reichswasserstraßenverwaltung, wirksam vertreten. Er bedauerte, daß in dem vom Vorsitzenden gegebenen Geschäftsbericht die Wasserbauarbeiter überhaupt nicht erwähnt worden sind, so daß der Eindruck anstehe muß, als wenn die Wasserbauarbeiter nur zahlende Mitglieder der Pensionskasse sind. Er fragt dann an, ob der Vorstand der Pensionskasse beabsichtigt, die Wasserbauarbeiter von der Pensionskasse abzustufen. Des weiteren wurde verlangt, daß bei der Anlegung des Vermögens der Pensionskasse auch die Baugenossenschaften der Wasserbauarbeiter mit Geld bedacht werden. Beauftragt wurde von ihm noch, daß die Zusendungen aller Bekanntmachungen der Bezirksausschüsse und des Vorstandes, außerdem die Niederschriften der Vorstandssitzungen und des Zweckverbandes an die Vertreter der Hauptversammlung erfolgt. Auch wünschten die Vertreter der Wasserbauarbeiter zu den Besichtigungen der Heilstätten und sonstigen Kassenrichtungen mit hinzugezogen zu werden, damit auch sie erfahren, wozu ihre Beiträge mitverwandelt werden. Redner bedauerte dann noch, daß durch die Vorverhandlungen des Vorstandes und des Zweckverbandes und der Einstellung der Hauptverwaltung der Eisenbahn die Hauptversammlung zu einer Formalität, zum Teil zu einer lästigen Theatervorstellung herabgewürdigt worden ist und verlangte, daß unbedingt ein weitergehendes Mitwirkungsrecht in der Verwaltung der Kasse durch die Versicherten erreicht werden muß. Die Wasserbauarbeiter als Mitglieder der Pensionskasse sind nicht gewillt, sich als Mitglieder zweiter Klasse behandeln zu lassen, sie verlangen gemäß ihres Antrages im engeren Vorstande berücksichtigt zu werden. Die Verhandlungen zur Uebernahme der Reichswasserstraßenarbeiter in die Pensionsstellen der Eisenbahn, die durch die Verreichlichung der Wasserstraßen von den Händern zum Reich gekommen sind, müssen unbedingt beschleunigt werden.

Im Schlußwort erklärte der Vorsitzende, daß alle Beschwerden nachgeprüft und die Ursachen derselben beseitigt werden sollen. Die Gewährung der Rente an den Chefarzt Ruttray sei aus Grund dessen Verdienste in der Leitung der Heilstätte Mittelfels i. Th. erfolgt; er bittet die Hauptversammlung um nachträgliche Genehmigung. Ein weiterer Ausbau und Neuerwerbungen von Heil-

stätten werde im Auge behalten. In der Beschwerte über zu hohe Zinsen bei der Gewährung von Darlehen an Baugenossenschaften könne er in Aussicht stellen, daß der Zinssatz von 6 und 7 Proz. in absehbarer Zeit herabgesetzt werden wird. Auch sollen in Zukunft Darlehen an Baugenossenschaften der Wasserbauarbeiter gewährt werden. Daß die Wasserbauarbeiter im Geschäftsbericht nicht erwähnt wurden, war nicht Absicht, denn diese Mitglieder sind der Kasse ebenso lieb wie die Eisenbahner, schon aus dem Grunde, weil die Wasserbauarbeiter am wenigsten kosten. In ein Abstoßen der Wasserbauarbeiter aus der Kasse, weil die Eisenbahn Privatgesellschaft geworden ist, ist nicht zu denken; im Gegenteil wünscht der Vorstand eine reifliche Zuleitung der Reichswasserstraßenarbeiter. Dem Antrag, alle Bekanntmachungen und Niederschriften den Hauptversammlungsvertretern regelmäßig zuzusenden, wurde zugesagt, wenn voraussichtlich der neue Gesamtvorstand diesem Antrage zustimmt. Auch sollen die Vertreter der Wasserbauarbeiter bei Besichtigungen der Heilstätten und Heime mit hinzugezogen werden. Zu Vorstandssitzungen soll ein Vertreter der Wasserbauarbeiter, wenn Angelegenheiten derselben behandelt werden, mit hinzugezogen werden.

Zum Punkt 3. Satzungsberatung, berichtete der Vorsitzende über den Verlauf der Vorberatungen des Satzungsentwurfs im Zweckverband (der Zweckverband ist die Vereinigung aller bestehenden 7 Eisenbahner-Pensionskassen) in längeren Ausführungen. Es soll mit diesem Satzungsentwurf eine Einheitslichkeit aller Satzungen der bestehenden 7 Kassen herbeigeführt werden, mit dem Ziel, später eine Zusammenlegung aller 7 Kassen zu erreichen.

In der allgemeinen Aussprache wurde von allen Vertretern der Entwurf als ungenügend bezeichnet und die gestellten Anträge begründet. Die Anträge der Wasserbauarbeiter wurden von Frische begründet. Er wies in seinen Ausführungen darauf hin, daß die Satzungen der neugegründeten Versorgungskasse der Reichspost zum Teil den Versicherten Vorteile gegenüber dem vorgelegten Satzungsentwurf bieten. Was nun eine neue Kasse leisten könnte, müsse die Pensionskasse der Eisenbahn auch können. Er verlangte u. a. die Abänderung des § 44 des Satzungsentwurfs, in dem jedem Mitgliede nach 5jähriger Beschäftigungszeit das Recht eingeräumt werden soll, sich für das 1. Barteijahr nachzuerheben zu können. Denjenigen Mitgliedern, die bereits vor Inkrafttreten dieser Satzungen Mitglied der Abteilung B und mindestens 5 Jahre bei einer der arbeitgebenden Verwaltungen beschäftigt waren, muß das Bartei-jahr ohne Beitragszahlung angerechnet werden. Zu § 45 wurde verlangt, daß bei Ausscheiden eines Mitgliedes aus der arbeitgebenden Verwaltung diesem auf Antrag die Beiträge voll zurück-erstattet werden müssen. Zu § 48 wird verlangt, daß die Dauer der freiwilligen Weiterversicherung bei Beschäftigungsunterbrechung von 1/2 Jahr auf 1 Jahr verlängert wird und diejenigen Mitglieder, die der Abteilung B volle 10 Jahre angehört haben und die arbeitgebende Verwaltung verlassen, das Recht haben müssen, als freiwilliges Mitglied der Kasse weiter angehören zu können. Zu § 51 verlangen wir 12 Beitragsklassen, gegenüber den im Entwurf vorgezeichneten 5 Beitragsklassen, damit die Mitglieder entsprechend ihrem Verdienst schärfer eingestuft und versichert werden. Entsprechend

die Auswahl der Pflanzen und der Wechsel derselben. Von Wichtigkeit ist auch die Düngung. Der natürliche Dünger ist dem künstlichen unbedingt vorzuziehen. Die Bearbeitung des Bodens, die Be- oder Entwässerung ist auch von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Wo werden man diese Fragen am besten gelöst, im Groß- oder Mittelbetrieb? In der Auslese und im Wechsel der Pflanzen besteht zwischen beiden Betrieben kein Unterschied, da ja beide soviele Band besitzen, daß sie die Auswahl vornehmen können. Es kommt nur auf die Auslese an. Der sachmännischen Auslese steht hier die Auslese eines durch alle Ertraktion geschulten Bauern gegenüber. Beim Dünger ist der Mittelbetrieb gegenüber dem Großbetrieb im Vorteil, da er mehr tierische Kraft verwendet. Bei allen übrigen Faktoren läßt sich auch kein Vor-sprung des Großbetriebes feststellen. Die Pflege des Landes wird bei dem Bauern eine bessere sein. Dies trifft auch für die Viehzucht zu. Es ist überhaupt ein sehr wichtiger Punkt, wer die Arbeit verrichtet. Im bäuerlichen Betriebe wird so gut wie gar keine fremde Arbeitskraft verwandt. Der Bauer mit seinen Familienmitgliedern verrichtet die Arbeit. Es hat sich nun herausgestellt, daß jener Betrieb am günstigsten ist, der seine Familie erhalten kann, in dem nur die Familie beschäftigt ist; der aber in der Ernte eventuell auf fremde Arbeitskraft zurückgreift. Die Arbeitskräfte spielen also eine hervor-ragende Rolle. Dies kommt daher, weil in der Landwirtschaft zu-meißt der Jahreskontrakt vorhanden ist. Es würde sich sonst kein Arbeiter finden, der in der Landwirtschaft tätig sein würde. Die

Landwirtschaft kann nicht in weitem Maße Arbeitskräfte für kurze Zeit erhalten. Dies ist ein ungeheurer Nachteil, da die Arbeitskraft in der Landwirtschaft nur periodisch verwandt werden kann. Dazu kommt, daß die fremde Arbeitskraft nicht alles so pfleglich behandelt. Dies ist um so wichtiger, da die Landwirtschaft eine organische Pro-duktion hat.

Man hat nun die verschiedensten landwirtschaftlichen Betriebe: Garten- und Gemüsebau, Getreidebau, Hackfruchtbau, Weinbau, Obstbau, Viehzucht und Forstbetrieb. Im Forstbetrieb ist die Rationalisierung am besten durchgeführt. Man muß schon große Flächen haben, da sich sonst ein rationelles Schlagen nicht verlohnt. Die sachmännische Erhaltung erfordert schon von sich aus den Großbetrieb. Beim Kleinbetrieb sind die Unkosten zu groß. Auch beim Getreidebau läßt sich eine Rationalisierung durchführen, da man ihn auf großen Flächen ausüben kann. Obst-, Wein- und Gemüsebau werden am besten mit der Hand betrieben. Ueberall da, wo die Arbeiterhand überwiegt, wird der Kleinbetrieb vor-herzchen. Im kleineren Betrieb spielt auch die Viehzucht eine große Rolle; denn das Vieh wird als Arbeitskraft, zur Düngung und Nahrung verwandt. Dies fällt im Großbetrieb meistens fort. Man kann deshalb sagen, daß im Verhältnis zur Bodengröße der Kleinbetrieb die Viehzucht intensiver betreiben wird als der Großbetrieb. Es gibt natürlich Ausnahmen, z. B. überall da, wo die Viehzucht spezialisiert ist. E. E.

unserer Forderung zu § 51 des Entwurfs muß der § 54 geändert werden. Ebenfalls muß der § 63 eine Anpassung an die §§ 51 und 54 erfahren und außerdem folgenden Zusatz erhalten:

„Ist ein empfangsberechtigter Angehöriger nicht vorhanden, so werden die nachgewiesenen Beerdigungskosten bis zur Höhe des Sterbegeldes jener physischen Person gezahlt, welche für die Beerdigung gesorgt hat.“

Zu § 78 beantragen wir, daß alle Verwaltungskosten der Abteilung B vollständig von Seiten der arbeitgebenden Verwaltungen getragen werden. Den Anträgen, die von Seiten eines Teiles der Wasserbauarbeiter beim Wasserbauamt Frankfurt a. M. auf Nachversicherung gestellt sind, bitte ich zuzustimmen; des weiteren dem Antrag, die Hauptversammlung wolle beschließen, daß diejenigen Arbeiter, welche bereits das 45. Lebensjahr überschritten haben, auf besonderen Antrag ihrerseits in die Abteilung B der Arbeiterpensionskasse aufgenommen werden können. Auch dem Antrag, daß die Hauptversammlung alle Jahre stattfinden möge, gegenüber 4 Jahre, wie im Entwurf vorgesehen ist, und dem Antrag, die Kollegen im Angestelltenverhältnis als Mitglieder in die Pensionskasse aufzunehmen, bitte ich auch zuzustimmen.

Im Schlußwort erklärte der Vorsitzende, nur noch die folgenden Zugeständnisse machen zu können; dies wäre das Neueste an Zugeständnissen:

1. Einführung von 6 Klassen mit einer Spanne von 300 M. in den Jahresarbeitsverdienstgrenzen (zurzeit 4 Klassen; der Entwurf sah 5 Klassen mit Spanne von 400 M. vor).
2. Höchstrente in Klasse 6 = 960 M. gegen 712 M. nach dem bisher geltenden System und gegen 825 M. Vorkriegshöchstrente.
3. Einstufung der aktiven Mitglieder in die neuen Lohnklassen nach dem jetzigen Jahresarbeitsverdienst mit allen Mitgliedsjahren.
4. Bildung zweier weiterer Gruppen für die Witzenrentner mit 516 M. und 600 M. Jahresrente.
5. Erhöhung der Witzenrentner-Witwenrenten auf 171 M. (also um 33 1/2 Proz.).
6. Erhöhung der Witwenrenten für die künftigen Rentner von 50 Proz. auf 60 Proz.
7. Beitragrückgewähr (§ 45 Ziffer 2 vom 1. Januar 1924 90 Proz.).
8. Bildung eines Reservefonds (10 Proz. der Einnahmen müssen laut Reichsversicherungsordnung zurückgelegt werden).
9. Zulassung der Angestelltenversicherungs-pflichtigen (soweit nach Lohnstarif entlohnt), zur Pflichtmitgliedschaft der Abteilung B.
10. Gewährung von Invalidenrente an 65jährige ohne Nachweis der Invalidität (§ 52 Ziffer 1).
11. Aufhebung der Ruhebestimmungen.
12. Einschränkung der freiwilligen Versicherung für Beamte.
13. Abkürzung der fünfjährigen Wartezeit auf vier Jahre in bestimmten Ausnahmefällen (§ 52 Ziffer 2).
14. Die Rentensteigerungssätze sollen bereits vom Beginn der Mitgliedschaft, also vom ersten Jahr an, gerechnet werden (§ 54 III. Absatz).
15. Daß alle Abgeordneten, welche mehr als 15 Beitragsjahre haben und ihre Anwartschaft auf Rente durch Zahlung einer jährlichen Anerkennungsgeld von 3 M. aufrecht erhalten können, nicht nur für die im Jahre 1924, sondern auch für die im Jahre 1925 zum Abbau gekommenen gelten sollen. Daß dieser Beschluß später auch für 1926 Geltung haben soll, wird in Aussicht gestellt (II. Uebergangsbestimmungen für die Abteilung B, Ziffer 5).
16. Einführung der Witwenrente (§ 55 Ziffer 2).
17. Ausdehnung der Pensionen auf uneheliche, an Kindesstatt angenommene und Stiefkinder (§ 57 Ziffer 1a-d).
18. Bei Abstimmungen in den Ausschüssen und im Vorstand gilt bei Stimmengleichheit der zur Beschlußfassung stehende Antrag als abgelehnt, wenn er bisher als angenommen galt.
19. Zur Eiderung der Vorstandsmitglieder ist bestimmt, daß die Vorstandsmitglieder in der Uebernahme oder Ausübung ihres Ehrenamtes nicht beschränkt oder wegen Uebernahme oder Art der Ausübung benachteiligt werden dürfen (§ 74 Ziffer 3).
20. In den Satzungen wird festgelegt, welche Gegenstände der Beratung und Beschlußfassung des Gesamtvorstandes (also unter Mitwirkung der Versicherungsvorsteher im Vorstande) unterliegen (§ 76).
21. Ausdehnung des Kreises der empfangsberechtigten Personen zum Empfang von Sterbegeld (§ 63 Ziffer 4).

In der darauffolgenden Abstimmung der gestellten Anträge wurden von den von Seiten der Versicherungsvorsteher gestellten 81 Anträgen 71 von dem Vorsitzenden abgelehnt und 10 angenommen, trotzdem alle Hauptversammlungsvertreter den von ihnen gestellten Anträgen resillos zustimmten. Zur Erläuterung sei bemerkt, daß nach dem Wortlaut der bisherigen Satzungen der Vorsitzende 50 Proz. der Stimmen als Vertreter der Verwaltung vertritt und außerdem bei Stimmengleichheit als Vorsitzender entscheidet. Diese Möglichkeiten sind jetzt in der neuen Satzung beseitigt, indem bei Stimmengleichheit jeder Antrag als abgelehnt gilt, ganz gleich, ob er von einer der arbeitgebenden Verwaltungen gestellt wird oder aus den Reihen der Versicherten. Auf Grund der alten Abstimmungsprotokolle gelang es auch dem Vorsitzenden, die beanstandete Rente des Chefarztes Muttram und sonstige verwaltungsseitige Anträge durchzubekommen, indem er selbst dafür stimmte gegen sämtliche Stimmen der Versicherten.

Die Wahl zum Vorstand ergab 9 freigewerkschaftliche Mitglieder, 2 christliche und 1 Hirsch-Dunder'schen. Zum Rechnungsausschuß wurden 6 Freigewerkschaftler, 1 Christ und 1 Hirsch-Dunder gewählt. Als Mitglieder zum Zweckerband wurden 2 frei-

gewerkschaftliche Mitglieder und 1 Mitglied der gemeinsamen christlichen und Hirsch-Dunder'schen Liste gewählt. Die Wasserbauarbeiter haben leider keine Vertretung in einer dieser Körperschaften erhalten. Frische wurde lediglich als 4. Ersatzmann für den Vorstand gewählt. Diese Benachteiligung kommt hauptsächlich von der geringen Minderheit, die die Wasserbauarbeiter in der Pensionskasse bilden (8400 Wasserbauarbeiter sind gegen rund 300 000 Eisenbahner Mitglieder der Kasse B).

Schon aus vorstehendem Grunde gibt es für die Wasserbauarbeiter für die Zukunft nur zwei Wege: Entweder es gelingt in absehbarer Zeit alle Reichswasserstraßenarbeiter und -angestellte in die Eisenbahner-Pensionkasse B hineinzubekommen, um dadurch unseren Einfluß zu verstärken, oder die Wasserbauarbeiter und -angestellten müssen darauf drängen, daß für sie und die übrigen Reichs- und Staatsarbeiter eine eigene Kasse geschaffen wird; eine solche Kasse würde zusammen mindestens 80 000 Mitglieder haben. Es könnte bei niedrigen Beiträgen dasselbe geleistet werden, wie die Kasse B der Eisenbahn zurzeit leistet, weil die Eisenbahner auf Grund ihres zum Teil gefahrvollen Berufes prozentual mehr Invalidität und Erwerbsunfähigkeit aufweisen, als dies bei dem Wasserstraßenpersonal der Fall ist. Würden die jetzigen Beiträge beibehalten, so könnten die Leistungen im Gegensatz zu jetzt erheblich vergrößert werden. Ein Eintritt in die neugegründete Versorgungskasse der Reichspost kommt für das Wasserbaupersonal jetzt auch nicht mehr in Frage, da der Verwaltungsrat der Post die Aufnahme der übrigen Reichsarbeiter und -angestellten abgelehnt hat. Es ist selbstverständlich, daß die Kollegen, die der Eisenbahner-Pensionkasse, Abteilung B, angehören, hierbei nichts von ihren bisherigen Rechten verlieren dürfen.

• Angestellte, Reichs- und Staatsarbeiter •

Für die Arbeiter der bayerischen Staatsbauverwaltung. Der Tarifschlichtungsausschuß der Arbeiter der bayerischen Staatsbauverwaltung befaßte sich am 17. Februar 1926 mit einem grundsätzlichen Tarifstreit, der den Begriff „die aus den Städten zugewiesenen Erwerbslosen“ auslegte. Während das Staatsministerium des Innern auf dem Standpunkt stand, daß alle Arbeiter, die durch das Arbeitsamt vermittelt werden und vorher arbeitslos waren, aus den Städten zugewiesene Erwerbslose sind, legte die Bauleitung die Bestimmung entgegengelehnt aus, und zwar dahingehend, daß aus den Städten zugewiesene Erwerbslose nur jene sein können, die Erwerbslosenunterstützung aus der Erwerbslosenfürsorge beziehen und bei Nichtannahme der Arbeit ihrer Unterstützung verlustig gehen. Der Tarifschlichtungsausschuß faßte einstimmig folgende Entscheidung:

„Unter den „aus den Städten zugewiesenen Erwerbslosen“ im Sinne des § 16 Ziffer 3 des Tarifvertrages vom 8. September 1925 sind nur solche Arbeitslose zu verstehen, die bei Ablehnung der Arbeit der Erwerbslosenunterstützung verlustig gehen würden. Für diese gilt nicht der tatsächliche Wohnort, sondern der angewiesene Unterkunftsort als Wohnort.“

Für die übrigen gemäß § 4 Ziffer 1 Absatz 1 des Tarifvertrages von den öffentlichen Arbeitsnachweisen vermittelten Arbeitslosen ist maßgebend der tatsächliche Wohnort und gelten die Bestimmungen über Entfernungszulagen des § 16 des Tarifvertrages.“

Die Entscheidung bezog sich zunächst auf 11 Arbeiter, die sich jetzt, da sie eine grundsätzliche ist, auf 4000 Arbeiter erstreckt. Wir suchen alle Kollegen, soweit sie unter den Tarifvertrag vom 5. September (innere Staatsbauverwaltung) fallen, diese Entscheidung auszusprechen und aufzubewahren, damit sie ein jeder im entscheidenden Augenblick in Anwendung bringen kann.

Abbau. In der Versammlung am 22. Februar 1926 sprach Kollege Rende über die letzten Verhandlungen, zu den Lohnfragen, Ruhegeld und Urlaub. Auch sprach er über das Sterbegeld und dessen Erhöhung. Zum Punkt Gewerkschaftliches äußerte Kollege Rende seine Freude, daß eine Zusammenkunft zustande gekommen ist. Er gab bekannt, daß 74 000 Reichsarbeiter beschäftigt sind, wogegen nur 10 000 bis 12 000 organisiert sind. Deshalb ist eine Werbemaßnahme geplant, zu der jeder Kollege beitragen soll, daß sich alle dem Verband anschließen. Außerdem gab Kollege Rende verschiedene Vorteile der Mitgliedschaft zum Verbands bekannt. Ein Antrag, daß die Reichsarbeiter jedes Vierteljahr für sich eine Versammlung erhalten, wurde angenommen.

• Aus der Spruchpraxis •

Der Kündigungsschutz für Schwerbeschädigte, deren Rente unter 50 Prozent herabgesetzt wird, endet erst nach einem Jahre von der Rechtskraft der Rentenminderung. (Urteil des Reichsgerichts, 3. Zivilsen., vom 11. Februar 1925, Abt. 5/24, Neue Zeitschr. f. Arb.-Recht 1926, Sp. 121.)

Bildungsarbeit

In nachfolgendem eröffnen wir wieder eine neue Rubrik, worin unserer gesamten Leserschaft Anregungen auf dem Gebiete unserer Bildungsarbeit gegeben werden. Beispielsweise in der Hauptsache unser Bildungssekretär, Kollege Balthus Hartig, an dieser Stelle das Wort nehmen soll, ist es natürlich wünschenswert und notwendig, daß die Kollegenschaft uns auch hier durch rege Mitarbeit unterstützt. Die Redaktion.

Besichtigungen.

Durch die Anstellung eines eigenen Bildungssekretärs hat unser Verband fundgetan, daß Bildungsfragen in Zukunft innerhalb der Verbandstätigkeit stärker betont werden sollen. Ueber ihre Notwendigkeit und Möglichkeit sind wir uns alle einig. Wir wissen, daß die Arbeiterbewegung ihre hohen Aufgaben um so besser erfüllen wird, je aufklärter die großen Massen sind, die ihren Fahnen folgen, je durchgebildeter der Funktionärkörper ist, der das Gerüst der ganzen Bewegung darstellt und je schärftlicher, kenntnisreicher und geschickter die Leitenden an der Spitze sind. Kurz, der Erfolg der Arbeiterbewegung ist zu einem nicht geringen Teil abhängig von der Bildungsarbeit in ihr.

Wenn nun an zentraler Stelle ein Organ für die Bildungsarbeit unseres Verbandes geschaffen wurde, so ist damit nicht gesagt, daß man von dort aus jetzt einzig alles Heil erwarte. Die zentrale Stelle soll Anregungen geben, soll fördern, mit Rat und Hilfe zur Seite stehen, soll systematisieren, auf keinen Fall aber die eigene Initiative der Filialen auf diesem Gebiet ersiden. Die Bildungsarbeit ist so vielseitig und die Aufgaben in ihrer Gesamtheit so groß, daß alle sich an ihre Lösung heranmachen müssen. Natürlich werden zentrale Bildungseinrichtungen — hauptsächlich Kurse für die Ausbildung von Funktionären, Material und Pläne für die Bildungsveranstaltungen der Filialen — geschaffen werden, — wir legen ein Programm in nächster Zeit vor. Wie aber seither die Filialen ihre Vorträge gehalten haben aus eigener Initiative, so sollen sie es auch weiterhin, dabei beraten und unterstützt von der Zentrale.

Hier soll nun auf ein Bildungsmittel hingewiesen werden, das gerade unserem Verband sehr gemäß ist, das leicht und ohne besondere Kosten angewandt werden kann und das außer Bereicherung des Wissens noch eine direkte Förderung des Zusammenhalts innerhalb der Verbandsmitgliedschaft einer Filiale bewirkt. Gemeint ist die Organisation von Besichtigungen und Führungen durch die gemeindlichen Unternehmungen und Einrichtungen.

Daß die Forderung nach mehr Bildungsarbeit sich jetzt immer stärker erhebt, ist nicht zufällig. Nach den stürmischen, das Leben der Organisation wie ein Meer aufwühlenden Jahren der Revolution und der Inflation, die alle Kräfte beanspruchten für den höheren Zusammenhalt der Gewerkschaften und für die Lohnregelungen, ist jetzt eine Zeit verhältnismäßiger Ruhe eingetreten. Nun wieder Zeit und Kraft frei auch für andere Fragen. Und da ist es ein gutes, uns mit Stolz erfüllendes Zeichen, daß man an eine stärkere Belebung der Bildungsarbeit sofort denkt. Das wird nicht nur an zentraler Stelle und an den großen Filialen so sein, das wird sich überall zeigen müssen. Darum ist es nötig, ein Bildungsmittel an die Hand zu geben, das überall angewandt werden kann, in der Großstadt sowohl wie in der Kleinstadt, für das die Kräfte überall vorhanden sind, das überall auch Interesse findet und das zwar mehr oder minder gut auszuführen ist, bei dem aber kein grundsätzlicher Fehler gemacht werden kann — die Besichtigung, die Führung. Es ist also zu raten, daß man die Bildungstätigkeit damit beginnt, wo seither noch nichts geschehen ist, daß man sie aber auch dort nicht vernachlässigt, wo man bereits auf eine ausgedehnte Bildungstätigkeit hinweisen kann.

Alle Bildungsarbeit, die wir vom Verband aus tun, muß irgendwie in innerer Beziehung zu unserem Verband stehen. Wir können nicht Bildungsarbeit ins Blaue hinein tun, nicht dies und jenes kunterbunt zum Lernen vorlegen, nur weil es zu wissen interessant wäre. Das hat man früher einmal getan, und davon ist man in allen Kreisen, die sich ernsthaft mit Arbeiterbildung befassen, längst abgekommen. Unsere Verbandsbildungsarbeit muß das Leben der Organisation und die Mitglieder zugleich irgendwie fördern. Nun gehört es zur Eigenart unseres Verbandes, eine Betriebs- und keine Berufsorganisation zu sein. Ob das aber unseren Mitgliedern allen schon voll zum Bewußtsein gekommen ist? Wenn ja, dann ruht sich für sie die viele Probleme umfassende Frage der Organisationsform der Arbeiterbewegung über-

haupt auf. Damit in Zusammenhang steht das Werden unseres Verbandes, weiterhin das Werden der Gewerkschaftsbewegung insgesamt. Die Geschichte des Verbandes am Ort drängt sich auf. Das lenkt ganz von selbst auf Lohn- und Arbeitsverhältnisse am Ort früher und jetzt, führt hin auf die Bedeutung und Notwendigkeit der Gewerkschaftsbewegung. Wie kann aber den Mitgliedern der Filiale deutlicher zum Bewußtsein kommen, daß sie einer Betriebsorganisation angehören, als indem man sie in die voneinander so stark verschiedenen Betriebe der Stadt führt, deren Arbeiterkraft doch unserem Verband angehört? Da gibt es das Gaswerk, das Wasserwerk, eventuell auch das Elektrizitätswerk. Da kann die Krankenanstalt besucht werden. Das Rathaus ist zu besichtigen. Der Zoo beansprucht gleich mehrere Führungen. Der Botanische Garten bietet eine Fülle Wissenswerten. Eine Führung durch die städtischen Gartenanlagen und Parks ist zu machen. Die Museen sind noch da, gerade von den Einheimischen meist am wenigsten gekannt. Wer kennt das Wunderwerk eines Theaters hinter den Kulissen, hinter der Bühne? Solche Möglichkeiten zu Führungen und Besichtigungen gibt es noch viel mehr, in jeder Stadt wieder andere. Und leicht sind sie zu veranstalten. In jeder Filiale wird es Kollegen geben, die für solche Bildungsarbeit größeres Interesse haben. Die können einen Ausschuss zur Veranstaltung der Führungen bilden. Der setzt sich in Verbindung mit dem Betriebsrat oder Obmann des zu besichtigenden Wertes. Der Obmann oder Betriebsrat wieder erledigt alles Nötige mit der Leitung des Wertes. In der Regel wird er auch einen technischen Sachverständigen des Wertes gewinnen können zu einer sachkundigen Erklärung bei der Führung, möglichst auch zu einem erläuternden Vortragsvorher, zu einer Zusammenfassung des Gesehenen nachher.

Auf ein wesentliches Moment soll hier noch hingewiesen werden, das Besichtigungen zu besonders fruchtbaren Veranstaltungen macht. Die Teilnehmer durchwandern miteinander das Wert, die Anlage. Dabei können, ja müssen sie sich unterhalten über das Gesehene. Das regt die eigene Kritik, das Selbstdenken an. Dadurch aber macht man sich etwas geistig erst ganz zu eigen, daß man es durchdenkt, daß man es mit jemand bespricht. Ist nun ein geschickter Leiter bei der Führung, so versteht er es, alle die Fragen der Organisation und der Arbeiterbewegung, von denen oben gesprochen wurde, anzuschneiden, die Unterhaltung, die Diskussion darüber setzt ein, und damit ist das Wichtigste erreicht, die Teilnehmer beginnen selbst über die Probleme nachzudenken.

Diese Besichtigungen und Führungen können gemacht werden an den Sonnabendnachmittagen und Sonntagvormittagen. Sie verbindet ein Zweifaches in der Regel. Sie sind Lernen, Wissensbereicherung und Erholung zugleich, umfassen sie doch in der Regel einen Spaziergang. Sie ermüden nicht, bringen immer etwas ganz Neues. Sie dürfen in der Regel auch nichts kosten, da der Obmann die Erlaubnis zum Besuch z. B. des Museums für seine Verbandskollegen unentgeltlich erhalten wird. Für den Verband haben sie den Vorteil, daß sich die verschiedenen Berufe innerhalb der Mitgliedschaft der Filiale näher kennen und daraus auch manches von den Schwierigkeiten der Filialleitung begreifen lernen.

Zweckmäßig ist, daß man einen Plan macht für eine Reihe von Führungen, daß man also ein Sommerprogramm aufstellt. Die Bildungstätigkeit innerhalb der Arbeiterkraft schläft im Sommer weitgehend ein. Aber auf diese Art braucht es nicht, im Gegenteil, sie ist die eigentliche, die gemäßige Bildungsarbeit für die Verhältnisse des Sommers. Also auf, ans Wert.

Für die Frauen

Frauen, wacht auf!

Obwohl die Reichsverfassung vom 11. August 1919 den Frauen in Deutschland gleiches Recht eingeräumt hat, so wird doch oft noch über die Frage der Gleichberechtigung der Frau gestritten. Es wird viel von der natürlichen Bestimmung der Frau geredet, daß die Frau nur ins Haus gehöre, daß sie nur Hörige des Mannes sein solle und daß das Wesen der Frau nur Liebe und Mutterhaft sei. Das alles zeugt davon, wie wenig man die Frauen noch achtet, wie wenig man sie schätzt und wie sehr man sie noch als Sklaven ansieht. Ja, man kann sogar oft hören, daß, wenn einem Manne eine Tochter geboren wird, er dann ausruft: „Nur ein Mädchen.“ Diese Worte drücken deutlich genug aus, wie geringschätzig über die Frauen gedacht wird.

Auch die Frage, ob die Frauen den Männern geistig gleichgestellt werden können, ist heute noch eine strittige. Besonders die bürgerlichen Parteien haben stets ein großes Interesse daran gefunden, die Frauen als geistig minderwertig hinzustellen. Die bürgerlichen

Parteien sind es ja auch, die den Frauen die wohlverordneten Rechte gern streitig machen und ihnen am liebsten das Wahlrecht wieder nehmen wollen und darum haben sie ja auch Interesse daran, geistig tiefstehende Frauen zu haben, um so zu ihrem Ziele zu gelangen. Das alles hat aber seine Ursache in der früheren Ungleichheit der Erziehung der Geschlechter. Jahrhundertlang ist die Frau nur für die Hauswirtschaft erzogen worden, jahrhundertlang hat sich niemand um ihre geistige Ausbildung gekümmert, hat niemand daran gedacht, daß auch die Frauen Geist und Verstand besitzen, die eine Ausbildung und Förderung verlangen.

Trotzdem muß zugegeben werden, daß es auch Frauen gegeben hat, die ebenso voll Verstand und Geist waren wie die Männer, obwohl diese Zahl gegenüber der der Männer verschwindend klein ist. Es hat schon in früheren Jahrhunderten und besonders im neunzehnten Jahrhundert Frauen gegeben, die sich für die Befreiung der Frauen eingesetzt haben. Ein treffendes Beispiel dafür liefert uns die Suffragettenbewegung in England. Schon seit 1866 versuchte die englische Frauenstimmrechtsbewegung das Stimmrecht einzuführen, da sie aber jede Gewalt ablehnte, also zu weiblich und friedlich vorgeing, konnte sie nichts erreichen und kam dadurch zum völligen Stillstand, bis dann die Suffragetten, unter denen sich viele führende Frauenrechtlerinnen befanden, die mit Gewalt verfuhrten, das Stimmrecht in England einzuführen, um den Widerstand der Regierung zu brechen und die gestellten Forderungen zu erreichen. Die Suffragettenbewegung im einzelnen hier zu verfolgen, würde zu weit führen, aber doch kann man sagen, daß diese Bewegung, obgleich sie mehr eine bürgerliche zu nennen ist, mit der heutigen Frauenbewegung, wenn man überhaupt heute von einer reinen Frauenbewegung sprechen kann, vieles gemein hat. Es ist die erfreuliche Tatsache festzustellen, daß jetzt auch in Deutschland die Frauen von ihrem Jahrhundert währenden Schlaf erwacht sind. Die fortschreitende Technik und der damit verbundene immer größer werdende Produktionsprozeß hat viel dazu beigetragen. Der Kapitalismus verschlingt in seinem ungeheuren Rachen nicht nur die Männer, sondern auch die Frauen. Es ist festgestellt, daß die Zahl der erwerbstätigen Frauen gegenüber vor dem Kriege erheblich gestiegen ist. Dies ist auch mit in Einklang zu bringen mit dem großen Frauenüberschuß, den der Weltkrieg gezeitigt hat. Heute ist fast jedes Mädchen auf sich selbst angewiesen, es muß jedes aus Arbeiterkreisen kommende Mädchen gleich nach Beendigung der Schulzeit einen Beruf ergreifen oder in die Fabrik gehen. Da nicht alle damit rechnen können, ihre Arbeit einmal mit der Ehe zu vertauschen, so ist es ihr Bestreben, eine möglichst gesicherte Position im öffentlichen Leben zu gewinnen um überhaupt ihre Arbeitsbedingungen so gut wie möglich zu gestalten. Und hier ist nun ein Unterschied zwischen der heutigen Frauenbewegung und der Suffragettenbewegung. Heute werden die Frauen in ihrem Kampfe unterstützt von den Männern, während die Männer den Suffragetten feindselig gegenüberstanden. Beide Geschlechter führen heute gemeinsam den Kampf ums Dasein, gemeinsam schließen sie sich den freigewerkschaftlichen Organisationen an, die die Interessen der Frauen in gleichem Maße vertreten wie die Männer, die für beide gleiche Rechte fordern, sich für erhöhte Löhne einsetzen und für möglichst günstige Arbeitsbedingungen Sorge tragen. Einen vollen Erfolg aber können die Gewerkschaften nur verzeichnen, wenn die gesamte Arbeiterschaft sich in ihnen vereinigt, wenn alle Männer und Frauen ihr Scherlein dazu beitragen und sich organisieren. Obwohl heute schon ein großer Teil der Arbeiterschaft diesen Schritt getan hat, so gibt es aber doch noch Außenstehende, die wohl gern die Vorteile, die die Organisation ihnen gebracht hat, einstreichen, die sich aber scheuen, auch ihren Teil dazu beizutragen. Besonders ein großer Teil der Frauen hat noch nicht den Weg zur Organisation gefunden und diese bilden einen Hemmschuh für die organisierte Arbeiterschaft. Diese Frauen nun auf den richtigen Pfad zu leiten, ihnen den Weg zur Organisation zu zeigen, ist erstes Gebot. Erst wenn alle Männer und Frauen geschlossen in den Organisationen vereinigt sind, erst wenn unter der gesamten Arbeiterschaft Einigkeit und Solidarität herrscht, wird und muß die Arbeiterklasse siegen.

Johanna R.

• Aus Politik und Volkswirtschaft •

Das Eintragungsverfahren für das Volksbegehren zur Entlassung der Justizverwaltung. Nach Zulassung des Volksbegehrens schließt sich nunmehr das Eintragungsverfahren an. Es geht in der Weise vor sich, daß die Stimmberechtigten, die den von den Antragstellern vorgelegten Gesetzentwurf unterstützen wollen, sich in Listen eintragen, die während der Eintragungfrist — 4. März bis einschließlich 17. März — bei den Gemeindebehörden ausliegen. Die Eintragung erfolgt den Zweck, festzustellen, ob die gesetzlich vorgeschriebene Mindestzahl von Stimmberechtigten gültige Unterschriften dafür abgibt, daß der vorliegende Gesetzentwurf dem Reichstag unter-

breitet wird. Wenn dies festgestellt wird, ist die Reichsregierung verpflichtet, den begehrten Gesetzentwurf mit ihrer Stellungnahme beim Reichstag einzubringen. (Artikel 73 der Reichsverfassung.) Form der Durchführung. Der preussische Minister des Innern ersucht in dem Erlaß alle beteiligten Behörden, die Vorbereitungen für die Durchführung des Eintragungsverfahrens sofort in die Wege zu leiten und weist dabei auf folgendes hin: Die Reichstagswahlkreise gelten als Stimmkreise. Für jeden Stimmkreis ist ein Abstimmungsleiter und ein Stellvertreter zu ernennen und ein Abstimmungsausschuß zu bilden. Für die Ernennung der Abstimmungsleiter und die Bildung der Abstimmungsausschüsse gelten die allgemeinen Vorschriften der Reichsstimmordnung (§§ 97, 24, 26, 29). Die Abstimmungsleiter und ihre Stellvertreter werden durch die in der Reichstagswahlkreise bezeichneten Behörden ernannt, und zwar, sofern zu dem Stimmkreis außer preussischen auch Gebietsteile eines anderen Landes gehören, nach Anhörung der beteiligten Landesregierungen. In Stimmkreisen, die einen preussischen Regierungsbezirk allein oder in Verbindung mit außerpreussischen Gebietsteilen umfassen, erfolgt die Ernennung durch die Regierungspräsidenten. In Stimmkreisen, die mehrere Regierungsbezirke derselben Provinz allein oder in Verbindung mit außerpreussischen Gebietsteilen umfassen, ohne sich auf Gebietsteile einer anderen preussischen Provinz zu erstrecken, geschieht sie durch die Oberpräsidenten. Die Oberpräsidenten und die Regierungspräsidenten werden ersucht, sofort die Ernennung in die Wege zu leiten und öffentlich bekanntzumachen. Bemerkung wird, daß eine Bestellung von Verbandswahlleitern und Verbandswahlausschüssen nicht in Frage kommt, da für solche Organe im Rahmen des Eintragungsverfahrens kein Raum ist. — Einen Eintragungsbescheid erhält auf Antrag: 1. Ein Eintragungsberechtigter, der in eine Stimmliste oder Stimmkartei eingetragen ist, 1. wenn er während der ganzen Eintragungsdauer ausgingen Gründen außerhalb des Ortes sich aufhält, in dessen Stimmliste oder Stimmkartei er eingetragen ist; 2. wenn er infolge eines körperlichen Leidens oder Gebrechens in seiner Bewegungsfreiheit behindert ist und durch den Eintragungsschein die Möglichkeit erhält, einen für ihn günstiger gelegenen Eintragungsort aufzusuchen. 11. Ein Eintragungsberechtigter, der in eine Stimmliste oder Stimmkartei nicht eingetragen oder darin gestrichen ist, 1. wenn er während des Stimmrechts nicht eingetragen oder gestrichen war, der Grund aber nachträglich weggefallen ist; 2. wenn er Auslandsdeutscher war und seinen Wohnort nach Ablauf der Frist zur letzten Auslegung der Stimmliste oder Stimmkartei in das Inland verlegt hat; 3. wenn er nachweist, daß er bei der letzten Auslegung der Stimmliste oder Stimmkarteien ohne sein Verschulden die Frist zur Einlegung eines Einspruchs gegen die Stimmliste oder Stimmkartei verläßt hat; 4. wenn er nachweist, daß er erst nach der zuletzt vorgenommenen Abstimmung stimmberechtigt geworden ist. Inhaber von Eintragungsscheinen übergeben diesen Schein; die Gemeindebehörden sammeln diese Eintragungsscheine und verwahrt sie, bis der Erfolg des Eintragungsverfahrens feststeht. — Wegen der von den Gemeindebehörden noch weiter zu beachtenden Vorschriften besonders technischer Art verweist der preussische Minister des Innern auf einen am 7. März 1923 ergangenen und veröffentlichten Kundentat über die Durchführung des vom Reichsbund für Städtung und Pachtung seinerzeit betriebenen Eintragungsverfahrens für ein Volksbegehren auf Ergänzung des Reichsstellungsgesetzes. Dieser Erlaß ist damals sämtlichen Landgemeinden und Kreisbezirken zur sorgsamsten Aufbewahrung zugegangen. Wegen der Erteilung mündlicher Auskunft aus den bei den Landräten vorhandenen amtlichen Materialien über Abgrenzung der Stimmbezirke, Zahl der Stimmberechtigten, Einwohnerzahl des Kreises usw. bestehen keine Bedenken. Die Gestaltung der Einsicht in die letzten Wählerverzeichnisse und die Erteilung von Abschriften hieraus ist nicht zulässig. Aufträge (Plakate) von Parteien usw., die sich für oder gegen den von den Antragstellern vorgelegten Gesetzentwurf aussprechen, dürfen keinesfalls zum Gegenstand einer amtlichen Veröffentlichung gemacht werden, da eine behördliche Beeinflussung des Verfahrens zu vermeiden ist. Alle bei der Durchführung des Eintragungsverfahrens beteiligten Dienststellen haben auf größte Sparsamkeit bedacht zu sein. — Die Ausrüstung der Gemeinden mit den für die Eintragung gültigen Eintragungsausschüssen, unter Umständen auch mit Anhängen- oder Einlegebögen, ist Sache der Antragsteller. Sie haben erklärt, daß sie Eintragungsausschüsse an sämtliche Gemeinden des Reiches versenden werden; auf Verlangen ist der Empfang durch die Gemeindebehörden zu bestätigen. Den Abstimmungsleitern werden unmittelbar Vorbrücke der Eintragungsausschüsse, die dem vom Reichsminister des Innern zugelassenen Muster entsprechen, zur Kenntnisnahme vom preussischen Minister des Innern zugesandt werden. Die Gemeindebehörden haben unverzüglich nach Eingang der Vorbrücke in ortsüblicher Weise bekanntzugeben, wo, an welchen Tagen und zu welchen Tagesstunden die Unterschriften in die Listen eingetragen werden können. Weitere amtliche Bekanntmachungen kommen nicht in Betracht. Die Eintragungstage und Eintragungsausschüsse sind so zu legen, daß alle Eintragungsberechtigten der Gemeinde die Möglichkeit haben, innerhalb der Eintragungsdauer in die Listen einzutragen. Dabei sind die beruflichen Verhältnisse der Einwohnerzahl tunlichst zu berücksichtigen. Auch an den Sonntagen und öffentlichen Ruhetagen, die in die Eintragungsdauer fallen, soll Gelegenheit zur Eintragung gegeben werden. In größeren Gemeinden können zur raschen Abwicklung des Geschäfts mehrere Räume

bestimmt und mehrere Eintragungslisten gleichzeitig ausgelegt werden. Bei bestehendem Bedürfnis kann eine entsprechende Einrichtung auch für die im § 39 RStD. bezeichneten Kranken- und Pflegeanstalten getroffen werden. — Zur Eintragung ist zuzusagen, wer in die zuletzt (zweiter Wahlgang der Reichspräsidentenwahl 1925) abgeschlossene oder laufend geführte Stimmliste oder Stimmliste eingetragen ist, es sei denn, daß das Stimmrecht inzwischen verlorengegangen ist oder während der Eintragungsrfrist ruht. Andere Personen dürfen zur Eintragung nur zugelassen werden, wenn sie einen Eintragungsschein besitzen. Bevor die Unterschrift in die Eintragungsliste eingetragen wird, hat der die Unterschrift entgegennehmende Beamte in der vorerwähnten Liste oder Stimmliste in der für den Vermerk der erfolgten Stimmabgabe bestimmten Spalte eine entsprechende Eintragung zu machen (am besten durch Vermerk der laufenden Nummer, unter der sich der Berechtigte in die Eintragungsliste eingetragen). Zu verwenden ist hierbei in jeder Stimmliste oder Stimmliste dieselbe, und zwar die nächstfolgende Spalte.

• Aus unserer Bewegung •

Leipzig. In der Generalversammlung am 19. Februar erstatteten Kollege Biach den Geschäftsbericht und Kollege Hessel den Kassenbericht. Kollege Biach ging bei seinem Bericht von der jetzigen Wirtschaftslage aus und betonte, daß die Arbeit der Gewerkschaften nur von diesem Gesichtswinkel aus beurteilt werden kann. Tun wir das, so muß zugegeben werden, daß durch die Abwehr der Verschlechterungsanträge des Arbeitgeberverbandes bei Arbeitszeit, Ruheordnungs- und anderen wichtigen Bestimmungen des Arbeitsvertrages nennenswerte Erfolge erzielt worden sind. Am Jahresanfang betrug der Stundenlohn der über 21 Jahre alten Handwerker, Angelernten, Ungerlernten, der Sacharbeiterin und der ungerlernten Arbeiterin in den städtischen Betrieben 71, 63, 59, 54, 43 Pf. und am Jahreschluß 80, 71, 67, 62, 50 Pf. Neben der absoluten Erhöhung des Lohnes gelang es uns, die Spanne zwischen den einzelnen Gruppen etwas zu verringern. Ähnlich wie bei den oben genannten Gruppen steigerte sich auch der Lohn des hausangestellten und des Pflegepersonals. Köchinnen erhalten in der Spitze monatlich 83,20 Mk. Barlohn, während die Küchen- und Stationsmädchen 57,20 Mk. Spitzenbarlohn erhalten. Die Arbeitszeit in den städtischen Betrieben und Anstalten beträgt 8 Stunden pro Tag, beim hausangestellten Personal 208 Stunden monatlich. Bei den Staatsarbeitern liegen die Verhältnisse ähnlich wie bei den Gemeindefacharbeitern. Beträgt bei den Gemeindefacharbeitern die Sozialzulage je 2 Pf. für Frau und Kind, so erhalten die Staatsarbeiter je 3 Pf. Die Löhne der Staatsarbeiter sind um 4 bis 6 Pf. pro Stunde niedriger als die vergleichbaren Löhne der Gemeindefacharbeiter. Kollege Biach kommt dabei auch auf die letzte Lohnbewegung beider Gruppen zu sprechen und zeigt in ausführlichen Darlegungen die dabei entstandenen Schwierigkeiten. Die Bewegung der Gemeindefacharbeiter ist durch den Schiedsspruch des Zentralausschusses beendet. Die schäffliche Staatsregierung schwächt immer noch in ihren Erwägungen, ob sie die Löhne ihrer Arbeiter erhöhen kann oder nicht. Es liegt an den Staatsarbeitern selbst, diesen Erwägungen genügend Nachdruck zu verleihen, damit sie endlich zu Entschlüssen werden. Auf dem Gebiete der Arbeitszeit ist bei den Staatsarbeitern noch viel zu tun. Während das gewerbliche Personal durchgehend den Achtstundentag besitzt, hat sich die schäffliche Regierung bis heute noch nicht dazu aufgeschwungen können, dem schwer arbeitenden und große Verantwortung tragenden Pflegepersonal, sowie dem sonstigen hausangestellten Personal den Achtstundentag zu gewähren. Auch die in der Beamtenaktion geleistete Arbeit war durchaus fruchtbar. Wenn es den zentralen Organisationen auch nicht gelang, die notwendige Erhöhung der Beamtenegehälter durchzusetzen, so waren doch örtlich durch höhere Eingruppierungen verschiedene Verbesserungen zu erzielen. Zur Bewältigung der organisatorischen Arbeit waren 425 Sitzungen, Verhandlungen und Versammlungen notwendig. Der Postverband betrug im Berichtsjahre 4857 Stkld. und der Posteingang 1364 Stkld. Diese Zahlen sollen lediglich dazu dienen, einen Maßstab für die zu leistende Arbeit zu finden. Die Verhandlungen mit der schäfflichen Regierung wegen Schaffung einer Rentenversicherung waren schwierig. Wenn sie doch zu einem annehmbaren Resultat führten, so liegt dies an der zähen Arbeit der Verhandlungskommission. Ebenso große Schwierigkeiten bereitete uns die schäffliche Regierung bei der Behandlung der Ruhestandsfrage der Gemeindefacharbeiter. Wir mußten die Verschlechterungen der Regierung ablehnen. Wir werden alles auf diesem Gebiete einsehen, um die Interessen unserer Kollegen vollumfänglich zu wahren. Auf dem Gebiete der Bildungsarbeit haben wir den Mitgliedern gute Kurse und Vorträge gegeben. Während die Arbeiterchaft unter den Auswirkungen einer furchtbaren Krise zu leiden hat, wagen es die ehe-maligen Fürsten, vom deutschen Volk Milliarden für Entschädigungen zu fordern. Die gesamte Arbeiterchaft muß zusammenstehen, um diesen Raubzug zu verhindern. Keiner legt eine Entschädigung zum Bolschewismus gegen die Fürstenabfindung vor, die einstimmig angenommen wurde. Um siegreich in unsern Kämpfen bestehen zu

können, muß es die Aufgabe aller Mitglieder sein, dafür zu sorgen, daß alle Arbeiter der Reichs-, Staats- und Gemeindebetriebe in unserem Verband ihre Vertretung sehen. Aus dem vom Kollegen Hessel erstatteten Kassenbericht war zu entnehmen, daß am Jahreschluß 4699 Mitglieder, darunter 1433 Frauen, unserer Filiale angehörten. Für die Hauptkasse wurden 76 713,25 Mk. und für die Lokalkasse 51 587,27 Mk. vereinnahmt. Die Ausgaben für die Hauptkasse an Streit-, Gemahregeliten-, Kranken-, Sterbe- und Arbeitslosenunterstützung betrugen 18 252,90 Mk. Die Ausgaben der Lokalkasse 47 646,86 Mk. Der Kassenbestand am Jahreschluß 10 305,09 Mk. Ein Antrag auf Erhöhung der Beiträge wurde mit schwacher Mehrheit abgelehnt, nachdem sich eine Opposition dagegen wandte. Die Neuwahl der Ortsverwaltung ergab die Wiederwahl der bisherigen Mitglieder und des Kollegen Schapitz.

Sagan. In der Versammlung am 18. Februar sprach Kollege Kersch über „Wirtschaftskrise und Arbeiterschaft“, den neuen Reichsmanteltarif und die soziale Fürsorge. Er schloß seine Ausführungen mit der Parole: Einigkeit aller städtischen Arbeiter und Chausseewärter, und die Treue halten ihrem Verband, dem Verbands der Gemeinde- und Staatsarbeiter, nur dann sei ein leichtes Arbeiten möglich. Kollege Schrode ermahnte alle Kollegen, etwas mehr Einsicht in die „Gewerkschaft“ zu haben, denn sie ist dem Arbeiter zur Bildung nützlich. Unter Verschiedenem wurde Stellung genommen zu der in Breslau am 21. und 22. August 1926 stattfindenden Goutkonferenz. Die Filiale Sagan wird durch drei Delegierte vertreten sein.

Cöben. In der Generalversammlung am 31. Januar 1926 gab Kollege Lange den Jahresbericht. Anschließend daran den Kassenbericht des Kollegen Red, der folgende Zahlen ergab: Einnahmen der Hauptkasse 2741 Mk., Ausgaben 973 Mk. Eingehende an die Hauptkasse 1768 Mk., Lokalkassenbestand 144 Mk. Die Mitgliederzahl ist auf 138 gestiegen. Ein volles Einverständnis über die Tätigkeit des Vorstandes zeigte die Wiederwahl. Vorsitzender Lange, Kassierer Red, Schriftführer Balla. Anwesend war auch Gauleiter Preisler, der einen Bericht von der letzten Lohnverhandlung bekannt gab. Außerdem hatte er auf verschiedene Fragen ausreichend Aufklärung gegeben.

Halberstadt. In der Generalversammlung gab der Vorsitzende den Tätigkeitsbericht, der von einzelnen Kollegen kritisiert wurde. Bei der Vorstandswahl wurde der gesamte Vorstand wiedergewählt. Kollege Kunze kritisierte die Leistungen des Verbandes. Eine Resolution für den Volksentscheid gegen Fürstenabfindung ergab einstimmige Annahme. Mit der Mahnung, rege für den Verband tätig zu sein, schloß die Versammlung.

Frankfurt a. M. In der Generalversammlung am 12. Februar 1926 erstattete Kollege Winter den Kassenbericht. Er stellte fest, daß der Verkauf der Beitragsmarken besser geworden sei, aber die Differenz zwischen zahlenden und buchmäßigen Mitgliedern immer noch zu hoch ist. Es konnte der Vermögensverwaltung ein annehmbarer Betrag zugewiesen werden. Bei den Ausgaben sei auffällig die hohe Summe für Persönliches, gegenüber dem Sachlichen, was seinen Grund in der Tatsache habe, daß von den bei der Stadt beschäftigten rund 7000 Arbeitern, in unserem Verband nur 4400 buchmäßige Mitglieder wären, bei anderen freigewerkschaftlichen Verbänden sei ein erheblicher Teil organisiert, ein anderer Teil überhaupt nicht. Die Arbeit für alle muß unsere Organisation leisten. Wenn wir finanziell weiterkommen wollen, ist es notwendig, daß die Beiträge regelmäßig bezahlt werden. Kollege Schu eider gab den Geschäftsbericht, indem er eine Uebersicht gab zu den Vorgängen des Jahres, die für die Arbeiterschaft im allgemeinen und für unsere Mitglieder im besonderen von Wichtigkeit waren. Von besonderer Bedeutung waren die Lohnabschlüsse, die am 29. August und 15. Dezember in Kraft traten. Der Streik der Straßenbahner nahm die Tätigkeit unserer Ortsverwaltung erheblich in Anspruch. Einwendungen gegen die Tätigkeit der Filialverwaltung wurden nicht erhoben. Die Wahl zur Ortsverwaltung mußte in einer Fortsetzung der Versammlung am 18. Februar 1926 vorgenommen werden, aus der die Ortsverwaltung in ihrer alten Zusammensetzung hervorging.

Marlenburg. In unserer Generalversammlung am 12. Januar sprach Kollege Reueborf über: „Die Kämpfe im neuen Jahre.“ In der Aussprache wurden örtliche Angelegenheiten behandelt. Der Kassen- und der Jahresbericht wurden ohne Diskussion entgegengenommen. Beschlossen wurde die Erhebung eines Lokalkassendinges. In den Vorstand wurden wiedergewählt: Benglowitz, Vorsitzender; Paulowitsch, Kassierer; Dombrowski, Schriftführer. Ein Hoch auf den Verband und die Internationale schloß die Versammlung.

Stuttgart. In der Generalversammlung am 12. Februar erstattete Kollege Engelhardt in eingehender Weise den Geschäftsbericht über das verstlossene Jahr. Kollege Rog gab den Kassenbericht, aus dem zu entnehmen war, daß die Einnahmen und Ausgaben für die Hauptkasse 49 734,73 Mk. betrugen. Die Einnahmen der Lokalkasse betrugen 34 393,45 Mk., denen Ausgaben von 28 992,22 Mk. gegenüberstehen. Der Vermögensbestand beträgt 8259,35 Mk. Die Neuwahl zur Ortsverwaltung hatte folgendes Ergebnis: Zum Vorsitzenden wurde Engelhardt wiedergewählt, desgleichen Rog als Kassierer, als Beisitzer die Kollegen Bud, Schmolz, Leusel, Sang, Anker, Seibald, Reiter, Schurr und Gmetner.

Dresden. In der Generalversammlung am 11. Februar erstattete Kollege Förster den Geschäfts- und Kollege Heider den Kasienbericht. In der Mitgliederbewegung konnten weitere Zunahmen verzeichnet werden. Das Fittalvermögen verdoppelte sich. Die Löhne der Gemeindegewerkschaft stiegen um 13,3, der Staatsarbeiter um 16,7, der Reichsarbeiter um 27,7, der Wasserbauarbeiter um 21,5, der Haus- und Küchenmädchen der städtischen Anstalten um 29,8 Proz., die Gehälter der Beamten bis zu Gruppe 4 um 2,3 und des Pflegepersonals um 26,6 Proz. Die Staats- und Reichsarbeiter sind den Löhnen der Gemeindegewerkschaft näher gekommen; so sind die größeren prozentualen Steigerungen zu verzeichnen, die aber dabei ein Bild zäher Arbeit geben. Fast alle Lohnbewegungen mußten auf dem Wege des Schiedsverfahrens ausgetragen werden. Neben den Lohnbewegungen waren Abschlüsse für Manteltarifverträge zu erledigen, darunter auch für einige Gruppen, für die vorher noch kein Tarifvertrag bestand. Bei allen Tarifabschlüssen konnten Verbesserungen erzielt werden. Während der Kampf um die Ruhelohnerverföhrung der Gemeindegewerkschaft noch tobt, konnte für die Staatsarbeiter eine, allerdings nicht befriedigende Verforgung, geschaffen werden; eine solche für Reichsarbeiter steht zu erwarten. Auch für die Beamtengruppen ist recht schwierige, aber erfolgreiche Arbeit geleistet. Durch die Einführung des Bildungsbeitrags konnten kostenlos zwei Bildungswochen, Kunstabende, Lichtbildvorträge, wissenschaftlichen und unterhaltenden Charakters, und Besichtigungen geboten werden. Das eigentliche Bildungsprogramm wickelt sich erst in diesem Jahre ab. 468 Versammlungen und Sitzungen fanden zur Erledigung der vorhandenen Arbeit statt. Einstimmig wiedergewählt wurden Förster zum Vorsitzenden; Heider zum Kassierer und Nöckler zum Schriftführer. Als Beisitzer wurden gewählt Hofbi, Lange, Pellegrini, Rauthe, Weise, Hein, Piech, Dreikönig, Raumburger, Wolf, Herde, Lauterbach, Beyer. Die von der Fittalleitung vorgeschlagene Entscheidung gegen das Streben der öffentlichen und privaten Unternehmer, der gegenwärtigen Machthaber, nach weiterer Verelendung der arbeitenden Schichten wird angenommen. Der restlose Zusammenschluß aller Beamten, Angestellten und Arbeiter in den freien Gewerkschaften wird als unbedingte Notwendigkeit und Voraussetzung des Bestehens bei den bevorstehenden Kämpfen anerkannt. Alle Mitglieder werden zur strengen Einhaltung des Achtstundentages aufgefordert. Ein Antrag der Fittalleitung auf Aufhebung der 1913 in der Fittale Dresden eingeföhrten Unfallfürsorge — die längst illusorisch wurde — fand ebenfalls Annahme. Ein weiterer Antrag auf Vermehrung der Beisitzerzahl im Fittalvorstand wurde abgelehnt. Beachtung soll einem Antrag auf weitere Anstellung besoldeter Beitragskassierer geschenkt werden.

Landstraßenwärter

Wolmirstedt. In der Generalversammlung am 13. Februar 1926 erstattete Kollege Reckler den Kasienbericht vom vierten Quartal 1925. Die Kasse wurde für richtig befunden. Es wurde der gefamte Vorstand wiedergewählt, nur als zweiter Vorsitzender wurde Kollege Spitzer gewählt. Kollege Wachtendorf erläuterte den Ruhehohn der Straßenwärter, der noch weiter ausgebaut werden müsse, damit die Straßenwärter in späteren Jahren nicht auf Almosen angewiesen sind. Vom Straßenmeister H. D. U. T. S. wurde ein Vortrag gehalten über das Thema „Die Straßen“, der bei allen Kollegen großes Interesse hervorrief.

Lohn- und Arbeiterverhältnisse der Notstandsarbeiter in Bayern. Hinsichtlich der Einstellung und der Entlohnung der zur Durchführung von Notstandsarbeiten bei der inneren Staatsbauverwaltung von den Arbeitsnachweisen zugewiesenen Erwerbslosen (Notstandsarbeiter) im allgemeinen wird auf die §§ 6 bis 10 der Bestimmungen des Reichsarbeitsministeriums über öffentliche Notstandsarbeiten vom 30. April 1925 (RGA. I S. 53), ferner auf die Ministerialbestimmung vom 11. Mai 1925, Nr. 3200a 61 (Staatsanzeiger Nr. 108) sowie auf die Bestimmungen des Landesamtes für Arbeitsvermittlung vom 14. Mai 1925 Nr. 201a 42 (Staatsanzeiger Nr. 110) hingewiesen. Bei Eigenbetriebsarbeiten werden die Notstandsarbeiter nach dem für die Arbeiter der Straßen- und Flußbauverwaltung gültigen Lohnhohn (LWB. 1925) entlohnt. Neben dem Tarifhohn gibt es veranlaßtenfalls noch Frauen- und Kinderszuläge und Entfernungszulagen für den Weg vom Unterbringungsört zur Beschäftigungsstelle, sowie allenfalls Fahrkostenentschädigung nach Maßgabe des § 16 Ziffer 2 III des LWB. 1925. Bei der Festsetzung des Tarifhohnes kann die für den Notstandsarbeiter günstigere Ortsklasse zugrunde gelegt werden, wenn Wohnort der Familie und Beschäftigungsört in verschiedenen Ortsklassen eingereiht sind. Die übrigen den Arbeitern der Straßen- und Flußbauverwaltung nach dem Tarifvertrag zustehenden Lohnvergünstigungen (wie Lohnzahlungen bei Urlaub, an Wochenfesttagen, in Krankheits- und Sterbefällen usw.) werden den Notstandsarbeitern nicht gewährt. Da die Beschäftigung der Erwerbslosen bei Notstandsarbeiten eine Form der Erwerbslosenfürsorge ist (§ 9 I der Bestimmungen vom 30. April 1925), stehen diesen die aus dem Betriebsrätegesetz sich ergebenden Rechte nicht zu. Es wird aber keine Erinnerung dagegen erhoben, wenn den bei den Notstandsarbeiten beschäftigten Erwerbslosen eine Vertretung in der Form

eines Arbeiterausschusses ohne die Rechte eines Betriebsrates zugestanden wird. Inwiefern Arbeitern, die bisher schon in bauamtlicher Beschäftigung standen, dort entlassen wurden und nunmehr bei Notstandsarbeiten Verwendung finden, die bei solchen Notstandsarbeiten abgestellten Tagelöhnen auf das Dienstalter in Anrechnung gebracht werden können, bleibt gesondelter Würdigung und Entscheidung nach Beendigung der Notstandsarbeiten vorbehalten.

Aus den deutschen Gewerkschaften

Der „Deutsche Maschinist und Heizer“ enthält in Nr. 4 vom 19. Februar 1926 eine Notiz, die er selbst — sehr treffend! — „Gistmischerei“ überschreibt. Wir hatten aus Anlaß unseres Jahresrückblicks in Nr. 3 der „Gewerkschaft“ vom 15. Januar 1926 den Beschluß unseres Verbandsrates erwähnt, wonach ein Kartellvertrag mit dem Maschinisten- und Heizerverband abgelehnt worden ist. Daran waren einige kritische, aber (wie sich jetzt wieder zeigt) recht notwendige Randbemerkungen geknüpft. Anscheinend nach vierwöchigem Brüten kommt nun im „M. u. H.“ eine Schimpferei zutage, in der versucht wird, einen Gegenstand zwischen Verbandsvorstand und Redaktion zu konstruieren. Hier liegt in der Tat Gistmischerei vor! Wir wollen uns aber trotzdem — getreu unserem wiederholt ausgesprochenen Grundsatz — nicht auf eine ausführliche Preßpolemik einlassen. Es mag genügen, festzustellen, daß ein solcher Gegenstand nur in der gewöhnlichsten Phantasie des Notizenkassierers existiert, ja wir glauben sicher nicht fehl zu gehen, wenn wir sagen, daß hier der Wunsch der Vater des Gedankens war. Im übrigen hat unser Verband — durch die absonderlichen Quatationsmethoden des Maschinisten- und Heizerverbandes gezwungen — sich an anderer Stelle so oft mit ihm auseinandergesetzt, daß es nicht verlohnt, erneut auf die bestehenden Gegenstände einzugehen. Die persönlichen Anwürfe aber fallen auf den Urheber zurück — Wärrlich, die deutsche Gewerkschaftsbewegung muß sehr a e s u n d sein, daß sie solche Leute mit so — flebrigen Fingern ertragen kann!

Rundschau

Das Aktionskomitee für Boden-, Siedlungs- und Wohnungspolitik (Berlin NW. 23, Lessingstr. 11) hat sich mit der Frage beschäftigt, wie die verschiedenen nebeneinander bestehenden Ausschüsse und Komitees der Gewerkschaften und anderer Organisationen, die ohne sich untereinander zu verständigen, sämtlich auf dem Gebiete der Boden-, Siedlungs- und Wohnungspolitik gleichen Zielen zustreben, organisatorisch in einem Zentralkomitee für soziale Boden-, Siedlungs- und Wohnungspolitik zusammenzufassen wären, wobei der Wunsch geäußert wurde, daß die Spitzengewerkschaften die Leitung übernehmen. Es wurde beschlossen, dem Obmann des Aktionskomitees zu beauftragen, eine entsprechende Anregung an die Gewerkschaften gelangen zu lassen.

Unterschriftensammlung für das Gemeindebestimmungsrecht. Der Deutsche Reichsausschuß für das Gemeindebestimmungsrecht (DRA.) veranstaltet in der Zeit vom 14. März bis zum 25. April eine Unterschriftensammlung für das GBR., an der sich auch der Deutsche Arbeiterabstinentenbund und der Verband sozialistischer Abstinenten beteiligen. Wir bitten, den Kampf um dieses wichtige Gesetz nach Kräften zu unterstützen. Auskunft erteilen die örtlichen Ausschüsse sowie der Deutsche Arbeiterabstinentenbund, Berlin SO. 16, Engelauer 29, der Verband sozialistischer Abstinenten, Hagen (Westfalen), Talstraße 10, und die Reichshauptstelle gegen den Alkoholismus, Berlin-Dahlem, Werderstraße 16. Von den genannten Stellen kann auch Werbematerial bezogen werden.

Verbandssteil

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

Allen Fittalen mit Kranken-, Pflege- und Badeanstalten ist ein Fragebogen zugegangen. Für jede Kranken-, bzw. Pflege- oder Badeanstalt ist ein Fragebogen auszufertigen. Der Fragebogen ist ausgefertigt spätestens am 15. März 1926 an den Verbandsvorstand, Berlin SO. 33, Schlefische Straße 42, einzufenden. Eine Abschrift des ausgefertigten Fragebogens ist der zuständigen Gauleitung einzureichen. Bei weiterem Bedarf von Fragebogen sind diese vom Vorstand unseres Verbandes anzufordern.

Der Verbandsvorstand.
Reichsleitung „Gesundheitswesen“.

Briefkasten

P. Soltan. Reime sind keine Gedichte! Der gute Wille ist zu loben, aber es kann nicht jeder zum Dichter werden. (Frl. Gruhl)

Verlag: In Vertretung des Verbandes der Gemeinde- u. Staatsarbeiter M. A. N. e. e., Berlin NW. 23, Schlefische Straße 42. Verantwortl. Redakteur Emil Dillmer, beide Berlin SO. 33, Schlefische Str. 42.

Eingegangene Schriften und Bücher

Niederdeutsches Balladenbuch. Herausgegeben von Albrecht Janssen und Johannes Schräpel. Mit Geleitwort von Herries, Freiherr von Münchhausen, und Bildern von Professor Bernhard Winter, Oldenburg. 316 Seiten ostfries in Ganzleinenripp gebunden 8 Mt. Verlag Georg D. W. Callwey, München.

Der Verlag von Georg D. W. Callwey bringt in der Regel die trefflichen Arbeiten des Dürerbundes heraus. Es darf gesagt werden, daß dieser Verlag, wie auch der Dürerbund eine wahrhaft vollständige und erzieherische Wirkung ausüben konnten. Es war größtmögliche Vorbereitung für die sich in den letzten Monaten und Jahren entwickelnden gemäßigten und volkspädagogisch angehauchten verschiedenen Dichtergemeinschaften, wie der „Dichterkreis“ und andere. Preise und Ausrichtung im Verlag Callwey-München sind in der Regel so, daß sie jedem unserer Kollegen mit gutem Gewissen empfohlen werden können. Diese allgemeinen Bemerkungen treffen auch in jeder Beziehung für das „Niederdeutsche Balladenbuch“ zu. Während noch vor einem Jahrzehnt vielfach die Auffassung bestand, daß das Niederdeutsche (Plattdeutsch) zum Aussterben verdammt sei, hat sich in der Krieg- und Nachkriegszeit herausgestellt, daß die alte solide Art des Niederdeutschen auch in seiner Sprache nicht so leicht unterzugehen ist als etwa die verworrenen Dialekte mancher Großstädte, z. B. auch Berlins. Gerade das letzte Jahrhundert hat eine Fülle niederdeutscher geistiger Literatur hervorgebracht. Wir erinnern nur an die trefflichen Romane von Gerd Bod u. a., die besonders im „Hamburger Echo“ abgedruckt wurden. Unter diesen Gesichtspunkten darf es als ein besonderes Verdienst angesehen werden, daß nun auch eine umfassende Sammlung niederdeutscher Balladen herausgegeben wird, die natürlich manches Bekannte, aber auch sehr viel Neues, scheinbar Verlorenes enthält, was in diesem Zusammenhang besonders wertvoll ist. Gewiß wird für die niederdeutsche Dichtung immer nur in echter Anekdote Nordwestdeutschland und Niederlande in Frage kommen. Aber diese Gebiete sind doch so groß und bei dem starken Wandertrieb des Niederdeutschen sind auch in weiteren geographischen Begreifen Deutschlands Unreines Fremdes und Liebhaber ihrer Heimatssprache vorhanden, um eine volle Anteilnahme an diesem Buch zu gewährleisten. Vorrück von Münchhausen hat dem Buch eine Einleitung gegeben, der wir einige Gedanken entnehmen wollen. Er betont darin, daß das germanische Leben nirgends lebendiger und reiner ist als in Niederdeutschland. Das macht sich nicht nur in den klassischen Heldenepiken Art Lemmerik, sondern auch in Epen- und Götterleben. Dabei ist gerade die Ballade ein Teil jener Romantik, die fast in niederdeutschen Wesen verankert ist. Viele unserer Leser kennen das bekannte Gedicht „Bilderling“ von Veit von Willneron. Es ist charakteristisch für die starke Freiheitstendenz des Niederdeutschen in früheren Zeiten. Mit Recht heißt auch der Verfasser hervor, daß Plattdeutsch nicht eine Mundart (Dialekt), sondern eine eigene Sprache ist, genau wie holländisch oder dänisch. Dabei wird es auch nur gemißt von dem völlig beherrschten, der ganz in ihm aufgewachsen ist oder darin lebt. Es schien eine Zeitlang, als wenn nach Fritz Reuter ein Aufstau der niederdeutschen Dichtung drohen sollte. Das letzte Jahrzehnt unserer Dichtung hat aber bewiesen, daß dem nicht so ist. Die Lieber von Hermann Voss, von Clausen Jun., von Moritz John und anderen beweisen, daß gerade in der neuesten Zeit eine Fülle von sprachlich schön und fast empfindenen Gedichten erschienen ist. Das „Niederdeutsche Balladenbuch“ bringt auf seinem engeren Gebiete eine interessante und wertvolle Zusammenfassung. Das Buch ist nicht nur für unsere Bibliotheken zu empfehlen, sondern eignet sich auch vorzüglich zu Lesestunden.

Betriebsstilllegung. Verordnung betreffend Maßnahmen gegen über Betriebsabwärtigen und -Stilllegungen vom 8. November 1920 und Verordnung über Betriebsstilllegungen und Arbeitsfreudung vom 15. Oktober 1923. Bearbeitet von Dr. Carl Häubner, Oberregierungsrat in Karlsruhe i. B. Zweite, neu bearbeitete Auflage 1924. Kartoniert 2,40 Mark.

In der Zeit der wirtschaftlichen Krisen, in der Stilllegungen von Betrieben aller Art an der Tagesordnung sind, ist das Interesse für den Inhalt und die Auslegung der einschlägigen Bestimmungen und gesetzlichen Bestimmungen besonders stark, so daß der gut eingeführte Kommentar in seiner neuen Auflage als eine grundlegende Erläuterung der einschlägigen Bestimmungen jedem empfohlen werden kann, der zuverlässige Führung und Orientierung sucht.

„Europa“ Sprachspielwerk von H. Kuerbach. Untergang über Europa. Wir brauchen ein Flammenwort, das die Einheit, die geschichtliche Schicksalsgemeinschaft ausdrückt. Wir brauchen ein Wort, das das Volk selbst dem Volk offenbart. Soll braucht ein solches, nicht künstliches Kunstwort, es bedarf keiner ausgebreiteten, geistreichen, aberfüllenden Rede, um zu sagen, was in uns leuchtet, brennt, flammend. Soll ist der Ruf nach dem Völkermut. Kein Europa werde. — Alfred Kuerbach, der den „Kampf um die Erde“, das Erfolgswort der Ersten Internationalen Arbeiter-Olympiade schrieb, das 50 000 Menschen aus allen Ländern zu einer europäischen Kundgebung führte, schrieb das Wortwort: „Europa“ überall in Deutschland und darüber hinaus möge dies einfache Wort am 1. Mai „Menschen“ zur neuen, reinen Begeisterung werden! Es muß ein großer Ruf für unsere reine und darum innerlich so stark unbesiegbare Sache sein! Theater ist kein Spiel, es ist die Leidenschaft, von der aus Menschheit ihre Sehnsucht findet.

Waldhaus, Eigenhäuser, Dalmatien, kleine Wohnhäuser usw. für Gartengärten, Villenkolonien, Bauernhöfe, Koralle und das Land, vorwiegend 4- bis 8-Zimmer-Häuser. 20 bürgerliche Hausbeispiele in 200 Ansichten, Grundrissen usw., mit Angabe des Baukosten als Grundpreise. Herausgegeben von O. Rüdiger. Preis 8 Mt. Gebunden 10 Mt. (Fort 50 Pf.) Heimkultur-Verlag, G. m. b. H., Dresdener-Str. 20, Schöneberg, Berlin. Postfach 10000. Für jeden Bauwichtigen ist die Auswahl von 200 Ansichten und 20 Hausbeispielen sehr wertvoll. Die Baukosten betragen 2000 bis 30 000 RM., dabei wird den heutigen Verhältnissen Rechnung getragen, es sind durchweg 4- bis 8-Zimmer-Häuser mit gut bewachten Grundrisspositionen für Gebirgs- und Hochland, zweckmäßig und billig zu bauen. Der Text bezieht über alle Erfordernisse des Baues und der Inneneinrichtung. Dieses Werk könnte jedem Interessenten nur bestens empfohlen werden, wenn er die nötigen Bauplätze aufsucht.

Meine Familie und die sozialen Versicherungen. Ratgeber für Hinterbliebene im Todesfall, mit Vorkursen über Erbschaft und Testamentarische Erbschaft nach Beispielen. Im Selbstverlag Theodor Tobler, Charlottenburg 9, Klagensdamm 43, ist das für Les praktische Erben leicht verständlich geschriebene Buch (Preis 90 Pf.) erschienen. Das Buch gibt in 48 Seiten im ersten Teil eine klare Übersicht über die heutigen Ansprüche an den jetzt weitgehend ausgebauten sozialen Versicherungen (Krankenkasse, Unfall-, Invaliden- und Altersrentenversicherung), über welche in den beizustelligen Kreisen noch viel Unklarheit herrscht. In den weiteren Teilen des Buches, das als Familienratgeber gedacht ist, sind die mit dem Todesfall zusammenhängenden Fragen, in persönlicher und rechtlicher Hinsicht, zusammengefaßt. Das Buch bietet dem sorgfältigen Familienvorstand, sei er Beamter oder ein im gewerblichen Leben stehender, viel Nutzen. Der Preis macht es zu einer Vollratsgabe.

Le Traducteur, französisch-deutsches Sprachbuch und Wörterbuch. Diese Zeitschrift, welche in der Nachkriegszeit eingang und jetzt wieder zu erscheinen beginnt, macht sich zur Aufgabe, das Studium der französischen oder deutschen Sprache, wenn Vorkenntnisse schon vorhanden sind, auf interessante und unterhaltende Weise weiterzuführen. Die dem Text nebenbei gefestigte genaue Übersetzung führt dem Leser in beiden Sprachen den richtig gewählten Ausdruck vor, wodurch der Wortschatz vermehrt und die Genauigkeit in der Wiedergabe des Sinnes erleichtert werden kann. Jede Nummer enthält neben einer durchlaufenden größeren Lektüre mangelhaften Les- und Gehörstoff, Gespräche, Briefe, Uebersetzungsaufgaben, sowie eine besondere Rubrik für Brief-, Vorkurs- und Redigationsaufgaben. Wer sich mit Sprachstudien befaßt, dem sei diese überaus gut eingeführte und bekannte Zeitschrift aufs wärmste empfohlen. Probenummer kostenlos durch den Verlag des „Traducteur“ in La Chaux-de-Fonds (Schweiz).

Salamander
Fußarzt

für empfindliche Füße
Der Schuh für Eisenbahner
Gepäckträger und Arbeiter



Salamander

Sie sparen bis 100% Farmer-Zigarre!
 Statt 10 nur 6 Pf.
 10 cm groß, 100 St. Mk. 4.—, 500 St. nur Mk. 29.—
 frei Haus gegen Nachn. Preisliste umsonst.
 Gebr. Weckmann, Zigarr.-Fabriken, Hanau 11.

Billige böhmische Bettfedern!
 Ein kg. graue, geschliss. M. 3.—, halbweiße M. 4.—, weiße M. 5.—, bess. M. 6.—, 7.—, damenweiche M. 8.—, 10.—, beste Sorte M. 12.—, 14.—, weiße ungeschliss. M. 7.50, 9.50, beste Sorte Mk. 11.— Versand portofrei, sollfrei gegen Nachn. Muster frei, Umtausch u. Rücknahme gestattet. **Wendth & Sachset, Lobes Nr. 248, b. Pilsen, Böhmen.**

MÖBEL auf Teilzahlung
Schlaf-, Herren- u. Speisezimmer
 Küchen, Klüßgarnitur, Einzelmöbel
 in gedogener Qualität, noch billiger
M. Beiser, Berlin
 in Berlin: Lohrerstr. 67 / im Westen: Frankfurter Allee 235.

Reklamepreis nur 4 Mk.
 echt deutsche Herren-Arkanor Nr. 52, plus verstellb. u. 30 stündigen Werk, genau repariert, best. nur 4.50 Mk.
 Nr. 53 Arkanor mit Scharnier nur 5.50
 Nr. 51 dies. sehr verstellb. u. Goldrand u. Silber nur 5.50
 Nr. 55 Arkanor mit korallen Werk nur 5.50
 Nr. 50 mit Spring, ganz verstellb. nur 7.50
 Nr. 50 Damensuhr, verstellb. mit Goldrand nur 7.50
 Nr. 79 dies. kleiner Format nur 10.00
 Nr. 81 dies. sehr Silber, 18 St. nur 20.00
 Metall-Uhrkapseln nur 0.75
 Panzeruhr, verstellb. 6.00 u., sehr verstellb. nur 1.50
 mit verstellb. 2.00 u., Goldrandkapseln nur 5.00
 Nr. 47 Arkanoruhr mit Baum nur 3.50
 Nr. 44 dies. vierst. Form mit korallen Werk nur 12.00
 Wecker, ohne Klingelwerk nur 3.50
Uhren-Klasse Berlin April 24. Zessmer Str. 3

Arcona-Räder
 Hundert L. II. und III. Preis
 Eine Qualitätsmaschine von höchster Vollendung!
Billig im Preis! 5 Jahre Garantie!
 100000 km im Gebrauch!
 Die bedeutendsten Rennfahrer d. Welt benutzen zu den ärgsten u. schwierigsten Rennen nur **Arcona, das beste Rad**
 Verlangen Sie Katalog gratis und franko
Ernst Machnow BERLIN C 64
 Weinmeisterstr. 14

Qualitäts-Instrumente
 aller Art
 Schallplatten
 Reichste Auswahl
 Katalog gratis
Lederers Musikwaren-Versand, Leipzig 24, Kreuzstr. 12

STOFFE für Herren- und Damen-Bekleidung
 beste Fabrikate, große Auswahl, Verkauf meterweise.
KOCH & SEELAND G. m. b. H.
 Geegründet 1863 Gertraudenstraße 20-21 Geegründet 1893

Fürstenabfindung?
 Ein Lesebuch zum Volkstumsheft von Kurt Heilig.
 Aus dem Inhalt:
 Vom 10. November bis zum Volkstumsheft
 Die Unterlagen zur Entgegnung / Dem Fürstentum zum Volkstumsheft / Das Hohenzollernverhältnis.
 Preis 70 Pf., für Gewerkschaftsmitglieder 50 Pf.
 Zu beziehen durch die
 Abteilung Bücher u. Schriften
 Verband der Gemeinde- u. Staatsarbeiter
 Berlin 30.33, Schleifische Straße 42.

Verblüffend billig ist die Teilnahme am Rundfunk
 Für 10.— Mark monatliche Miete
 Eine komplett antizip. Radiostation inkl. Sabahörer einschl. Antenne u. kostenl. Überwachung. — Nach 6 Monaten Ihr Eigentum.
Sprechmaschinen edel Elche inkl. Platten und Nadeln
 zu ganz besonders vorteilhaften bequemen Bedingungen.
12 Schallplatten in elegantem Album.
 Erste Markenplatten nach Wahl. Ladenpreis 3.75 p. Platte
6 Monatsraten à Mark 8.00
 Unverbindliche Vorführung: W. Untandstr. 21 (Laden). S 42, Ritterstr. 11 (Hof). Geöffnet täglich von 8-7. — Verlangen Sie kostenlosen Vertreterbesuch!
Deutsche Funktelefon - Vermietungs - Gesellschaft m. b. H.,
 Berlin S 42, Ritterstr. 11. — Moritzplatz 2989, 2990, 2991, 2992, 2993.

MONATLICHE TEILZAHLUNG!
Elegante Herrenkleidung
 fertig und nach Maß zu soliden Preisen.
 Garantie für guten Sitz und gute Verarbeitung.
 Ledermäntel, Gummimäntel in großer Auswahl.
 Spezial-Abteilung: Anfertigung eleganter Damenmoden nach Maß.
Julius Fabian Maßschneiderei
 Gr. Frankfurter Str. 37, nur 2. Etage
 Mitglieder 50% Rabatt

Was sich jeder wünscht!
 „Die mollige Ecke im eigenen Heim“ kann sich heute dank meinem Teilzahlungssystem auch der bescheidenste Haushalt leisten.
 Beamte ohne Anzahlung / Mäßige Raten / Auswärts 3 Tage zur Probe
Sprechapparate / Schallplatten / Ledermöbel
 Verlangen Sie Prokatalog D oder Vertreterbesuch
 Anstellungs-Geme. ohne Kaufzwang, geöffnet 9-7 Uhr
DEUTSCHE HEIMKUNST
 Spezialhaus für Musik- und Kleinmöbel-Fabrikate,
 Berlin, Annenstr. 241, u. d. Alten Jakobstraße :: Tel.: Moritzpl. 4653

Günstige Teilzahlung zu Kassapreisen
 in Herren- und Damenbekleidung
 Enorm billig! Sehr große Auswahl!
Jackett-Anzüge • Schlüpfen • Gabardine-Mäntel Regenmäntel • Hosent
 alles in bester Verarbeitung
Lipkowitz & Co. Kommand.-Ges., Münzstr. 18 an der Kaserne
 Spezialhaus für gute Herren- und Damenbekleidung.